

Autoritarismus, historische Wahrnehmungen und demokratische Dispositionen in Österreich, der Tschechischen Republik, Frankreich, Deutschland, Ungarn, Italien, Polen und dem Vereinigten Königreich: Methodik und vergleichende Ergebnisse der Online-Umfragen 2019 und 2022

Autoren: Petra Ziegler, Andreas Schulz-Tomančok

Übersetzt von Jana Jodlbauer

Vorabdruck eines Artikels aus einer Studie des **Wiener Instituts für Kultur- und Zeitgeschichte (VICCA)**, in Kooperation mit dem **Fritz Bauer Institut und Goethe-Universität Frankfurt/Main**

Oliver Rathkolb (ed.), Authoritarian Trends and the Rebirth of Parliamentary Democracy in Europe,

erscheint im Herbst 2024.

Gefördert von der Alfred Landecker Stiftung Berlin, Kultur Wien

Nationalfonds der Republik Österreich, Zukunftsfonds der Republik Österreich

Einleitung

Im November und Dezember 2022 wurde eine Online-Umfrage zu Autoritarismus, historischen Wahrnehmungen und demokratischen Dispositionen in Österreich, Tschechien, Frankreich, Deutschland, Ungarn, Italien, Polen und erstmals im Vereinigten Königreich (UK) durchgeführt. Das Format basierte auf einer früheren Umfrage, die in den oben genannten Ländern, mit Ausnahme des Vereinigten Königreichs im Herbst 2019, durchgeführt wurde. Die Erhebungen wurden vom Verein zur wissenschaftlichen Aufarbeitung der Zeitgeschichte am Institut für Zeitgeschichte der Universität Wien in Auftrag gegeben und 2019 von der Universität Wien, dem Zukunftsfonds der Republik Österreich und dem Fritz Bauer Institut der Universität Frankfurt/Main, sowie 2022 von der Universität Wien und der Alfred Landecker Stiftung gefördert.¹ Die englischsprachige Veröffentlichung wird vom Wiener Institut für Kultur- und Zeitgeschichte gemeinsam mit dem Fritz Bauer Institut der Universität Frankfurt/Main voraussichtlich im Wallstein Verlag erscheinen.

Ziel der Befragung ist es, autoritäre Einstellungen, Feindseligkeit gegenüber bestimmten Gruppen wie Islamophobie oder primärem und sekundärem Antisemitismus, nationale Geschichtsauffassungen in den Ländern zur Bewältigung der Nachkriegsgeschichte und/oder sozialistischer Regime sowie die europäische Transformation und Integration nach dem Fall des Eisernen Vorhangs zu untersuchen und mit der Befragung aus dem Jahr 2019 zu vergleichen. Neben Themen, die bereits im Jahr 2019 befragt wurden, wurden bei der Umfrage im Jahr 2022 auch die Einstellungen gegenüber dem seit dem 24. Februar 2022 andauernden Krieg Russlands gegen die Ukraine sowie die Einstellungen gegenüber Regierungen und offiziellen Institutionen während der Corona-Pandemie berücksichtigt.

Die Erhebungen sollen wertvolles analytisches Material zur aktuellen Situation und Entwicklung autoritärer Einstellungen in den ausgewählten europäischen Ländern liefern und damit einen wichtigen Beitrag zu den laufenden gesellschaftspolitischen Debatten über die zunehmenden autokratischen Entwicklungen in der Welt und insbesondere in Europa leisten.

¹ Für die Durchführung der Befragungen arbeitete ein multidisziplinäres Team zusammen: 2019 arbeiteten das Institut für Staatswissenschaft und das Institut für Zeitgeschichte der Universität Wien (AT) mit dem Fritz Bauer Institut (DE) und dem Wiener Institut für Arbeitsmarkt- und Bildungsforschung (WIAB, AT) zusammen; 2022 arbeitete erneut das Institut für Zeitgeschichte der Universität Wien mit dem Fritz Bauer Institut und dem WIAB zusammen, diesmal unterstützt durch die Alfred Landecker Stiftung (DE).

Im folgenden einleitenden Kapitel möchten wir einen Überblick über die Methode, das Design und den Fragebogen der Umfrage sowie die Hauptergebnisse der in den Jahren 2019 und 2022 durchgeführten Erhebungen in Bezug auf Anomie und demokratische Dispositionen, Autoritarismus, Erinnerungskultur/historisches Bewusstsein, Antisemitismus und Islamophobie sowie Auswirkungen und Einstellungen zu Russlands Krieg in der Ukraine geben. Die Ergebnisse werden in einem Ländervergleich für 2019/22 präsentiert (mit Ausnahme von dem Vereinigten Königreich, in dem 2019 keine Umfrage durchgeführt wurde).

Methode, Stichprobenumfang und Fragebogen

Die Umfrage wurde vom Marktforschungsinstitut Bilendi & respondi in Zusammenarbeit mit ihren Partnern in acht europäischen Ländern durchgeführt: Österreich, Tschechien, Deutschland, Frankreich, Ungarn, Italien, Polen und Vereinigtes Königreich. Die Befragung wurde als Querschnittsstichprobe konzipiert.

Das Bevölkerungsspektrum in beiden Umfragen von 2019 und 2022 umfasste die Internetbevölkerung, die in jedem Land im Alter von 18 Jahren (in der Tschechischen Republik, Deutschland, Frankreich, Ungarn, Italien, Polen und dem Vereinigten Königreich) oder im Alter von 16 Jahren (in Österreich, wo das Wahlalter 16 Jahre beträgt) lebte, ohne Altersgrenze. Zusätzlich mussten die Teilnehmer über ausreichende Sprachkenntnisse in der jeweiligen Landessprache verfügen, um Fragen beantworten zu können.

Das Stichprobenschema verwendete eine Bevölkerungsquote, die für die folgenden Variablen erreicht werden sollte:

- Geschlecht (männlich/weiblich)
- Alter in 5 Gruppen: 16(18)–29, 30–39, 40–49, 50–59, 60+
- Bildung in 3 Gruppen: nach dem Schema von Eurostat für niedrige (ISCED 0–2), mittlere (ISCED 3–4) und hohe (ISCED 5–8) Bildung.
- Region (entweder NUTS-1- oder NUTS-2-Regionen).

Während der Befragungsverwaltung und danach wurden die folgenden Qualitätsprüfungen eingeführt: Die erste Qualitätsprüfung bestand aus einer Reihe von Likert-Typ-Einstellungsfragen (Fragen Q5–Q7, insgesamt acht Punkte im Jahr 2022). Wenn ein*e Befragte*r keine Varianz in den Antworten auf diese neun Fragen zeigte (geradliniges Muster),

wurde der/die Befragte sofort von der Umfrage ausgeschlossen. Der zweite Qualitätscheck wurde als „Trap“-Frage (Aufmerksamkeits-Check-Frage) formuliert, die in der Mitte des Fragebogens platziert wurde (Frage C1): „Bitte klicken Sie auf „Weiter“, ohne eine der Antwortmöglichkeiten auszuwählen.“ Wenn die Antwort nicht fehlte, wurde der Befragte sofort von der Umfrage ausgeschlossen. Die dritte Qualitätsprüfung schloss Befragte aus, die eine extreme Geschwindigkeit im Vergleich zu anderen Befragten aufwiesen (bezogen auf die Summe der mittleren Antwortzeiten pro Seite).² Diese wurden vom Meinungsforschungsinstitut ex-post fallen gelassen.

Die GewichtungsvARIABLEN wurden für die Anpassung nach der Schichtung gemäß den bekannten Bevölkerungsverteilungen, die durch die Quote (oder die Stichprobenanpassung im Falle Deutschlands³) und die Wahlergebnisse der letzten nationalen Wahlen in den Jahren 2019 und 2022 definiert wurden, berechnet.⁴

Der Fragebogen wurde 2019 entwickelt und 2022 aktualisiert und basiert auf Umfragen, die bereits zu verschiedenen Zeiten in verschiedenen Ländern durchgeführt wurden, wie EVS⁵, CSES⁶, ESS⁷, ISSP⁸, der GMF-Umfrage⁹ oder ACCP¹⁰. Auch eine 2007 durchgeführte Umfrage – von SORA und Oliver Rathkolb – war ein wichtiger Input für die Entwicklung des Fragebogens

² Verwendet wurde die Gleichung: $\sum \text{Mediane}(\text{Benutzer}) \times \text{Rang}(\text{Benutzer}) / \sum \text{Mediane}(\text{Benutzer}) < 0,13$.

³ In Deutschland wurde im Stichprobenentwurf eine überproportionale Aufteilung der Regionen verwendet. Allen östlichen Bundesländern wurde eine um den Faktor 2 höhere Wahrscheinlichkeit der Probenahme (= Überstichprobe) zugeordnet. Somit wurde bei der Gewichtung nach der Schichtung ein geringerer Gewichtungsfaktor angewendet.

⁴ Eine erste GewichtungsvARIABLE verwendet nur demografische Kriterien – demografisches Gewicht:

- Geschlecht (männlich/weiblich)
- Alter in 5 Gruppen: (16)18–29, 30–39, 40–49, 50–59, 60+
- Bildung in 3 Gruppen: nach dem Schema von Eurostat für niedrige (ISCED 0-2), mittlere (ISCED 3-4) und hohe (ISCED 5-8) Bildung.
- Region (entweder NUTS-1- oder NUTS-2-Regionen).

Alle Daten wurden aus der Eurostat-Datenbank abgeleitet. In jedem Land wurden Grenzverteilungen der Bevölkerung im Alter von 16(18) bis 69 Jahren als Referenzpopulation verwendet.

Eine zweite GewichtungsvARIABLE kombiniert demografische und politische Kriterien (i.e. Wahlrückruf für die letzte nationale Wahl) – demografisches plus politisches Gewicht:

- Demografische Gewichtungskriterien (siehe oben)
- Wahlrückruf der letzten nationalen Wahlen

⁵ European Value Study, <https://europeanvaluesstudy.eu/> (07.08.2023).

⁶ Comparative Study of Electoral Systems, <https://cses.org/> (2023-08-07).

⁷ European Social Survey, <https://www.europeansocialsurvey.org/> (07.08.2023).

⁸ International Social Survey Programme, <https://issp.org/> (2023-08-07).

⁹ Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit (GMF-Survey 2009), https://search.gesis.org/research_data/ZA5574 (2023-08-07).

¹⁰ Austrian Corona Panel Project (ACPP), <https://viecer.univie.ac.at/coronapanel/> (07.08.2023).

(Rathkolb, Ogris, 2010) und ein Grund, die Länder Österreich, Tschechien, Ungarn und Polen erneut auszuwählen, da diese Länder vier verschiedene Kontexte in Bezug auf die historische Entwicklung und Erfahrungen mit autoritären Regimen darstellen; um die Analyse zu erweitern, umfassten die Umfragen 2019 und 2022 auch Deutschland (wo regelmäßig zu Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus geforscht wird), Italien (mit seiner autoritären Geschichte und den jüngsten Entwicklungen mit einer offen postfaschistischen Regierungspartei), Frankreich (wo die Machtparteien über viele Jahrzehnte hinweg zusammengebrochen sind und neue Bewegungen sowie eine rechtsextreme Partei die wichtigsten Akteure in der Politik sind) und 2022 erstmals das Vereinigte Königreich (mit anderen historischen Erfahrungen mit Autoritarismus als Kontinentaleuropa und einer anderen Perspektive nach dem Brexit). Die Hauptthemen des Fragebogens sind: demokratische Dispositionen und Pluralismus; Autoritarismus; historisches Bewusstsein; Antisemitismus und Islamophobie; und Auswirkungen und Einstellungen zum Krieg Russlands gegen die Ukraine (Einzelheiten siehe Anhang 1: Fragebogen).

Hauptergebnisse der Umfragen 2019/22

Im Folgenden werden einleitende vergleichende Ergebnisse zu ausgewählten Themen vorgestellt, um einerseits den Umfang der Befragung aufzuzeigen und andererseits einen Überblick über die aktuelle Dynamik in den untersuchten Ländern zu geben. Dazu werden Erkenntnisse zur subjektiven politischen Partizipation, Zufriedenheit mit der Funktionsweise der Demokratie, sowie Einstellungen zur Demokratie deskriptiv dargestellt. Im zweiten Teil der Ergebnispräsentation folgen vergleichende Beschreibungen verschiedener Aspekte autoritärer Haltungen, die von autoritärer Aggression bis hin zu Unterwürfigkeit und sozialer Dominanz reichen. Im dritten Abschnitt werden Erkenntnisse aus den Fragen zu Erinnerungskulturen vorgestellt. Anschließend zeigen die Ergebnisse der Umfrage zu Antisemitismus und Islamophobie die unterschiedlichen Haltungenentwicklungen in Europa auf. Diese einleitende Präsentation der Ergebnisse schließt mit einem Überblick über die Einstellungen zum Krieg Russlands gegen die Ukraine.

3.1 Anomie und Demokratie-Verdrossenheit

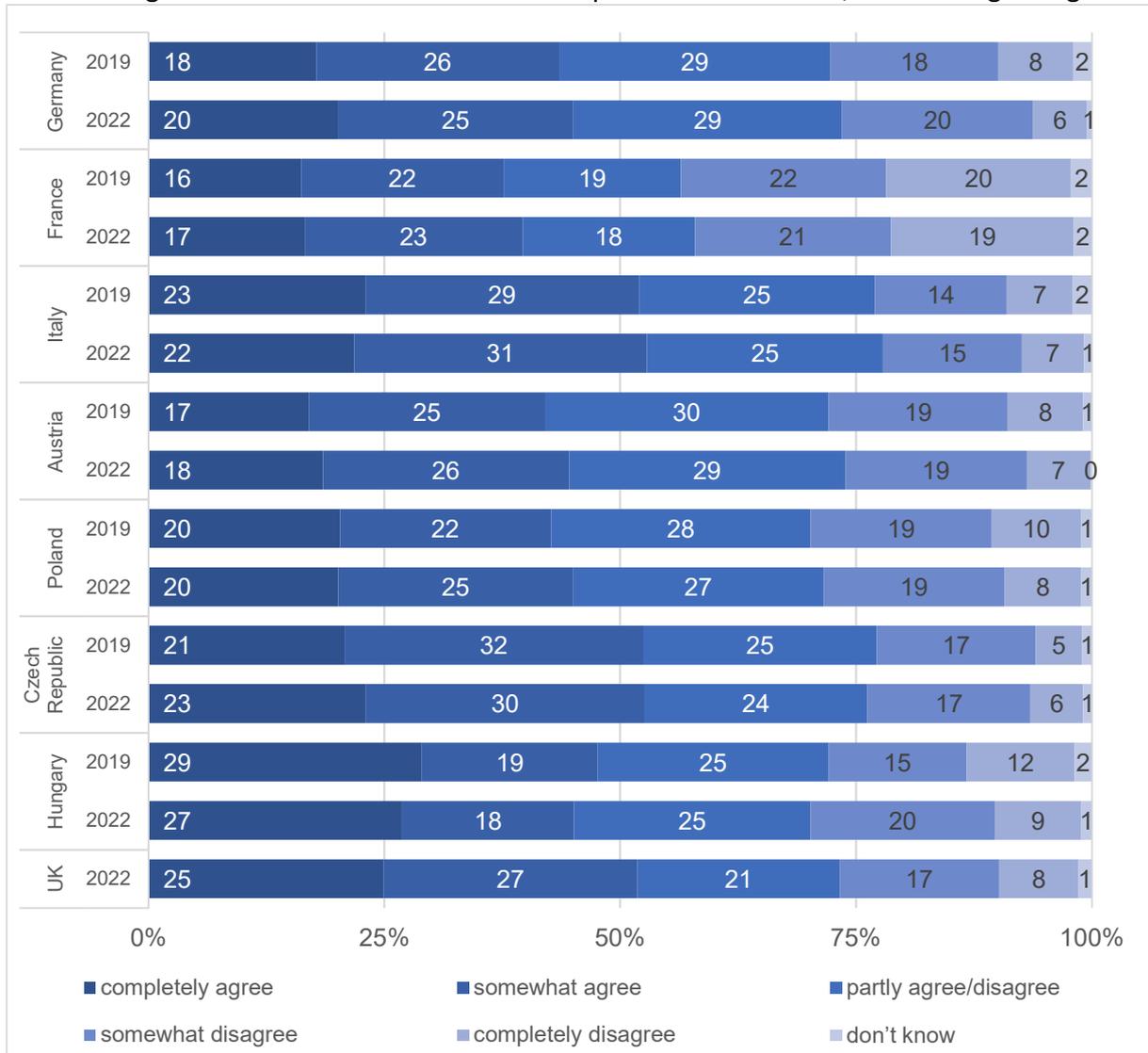
Um das Wahlverhalten und damit die Prozesse des demokratischen Wandels besser zu verstehen, ist es zunächst relevant, die Aspekte des demokratischen Bewusstseins der interviewten Personen sowie die dahinter stehenden sozialpsychologischen Konzepte zu betrachten. Dazu wird zunächst ein für das Phänomen der politischen Anomie wichtiges Wirksamkeitskonzept kurz vorgestellt und anschließend die Erkenntnisse aus den Jahren 2019 und 2022 vorgestellt.

3.1.1 Interne Wirksamkeit

Politische Wirksamkeit ist ein sozialpsychologisches Konstrukt und wird verwendet, um individuelle politische Kompetenz zu messen. Die Überzeugung, dass man politische Prozesse verstehen und durch individuelles politisches Engagement beeinflussen kann, gilt als einer der wichtigsten Prädiktoren politischer Partizipation. Folglich umfasst der Begriff politische Wirksamkeit zwei Konstrukte (Converse, 1972): (a) interne politische Wirksamkeit bezieht sich auf die (Selbst-)Überzeugung des Individuums, dass ihm politische Handlungsoptionen zur Verfügung stehen (Balch, 1974). Dazu gehört beispielsweise die Fähigkeit, politische Themen zu verstehen und effektiv an der Politik teilzunehmen. (b) Externe politische Wirksamkeit wird von Balch (1974, S. 24) als die individuelle Überzeugung definiert, dass politische Autoritäten für Versuche, sie zu beeinflussen, empfänglich sind (vgl. Beierlein et al., 2012, S. 7). In der vorliegenden Studie wurden drei Faktoren verwendet, um die interne politische Wirksamkeit zu erfassen. Diese sind, unter anderem, Balchs Studie von 1974 entlehnt und von einer Studie zur *Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit* (GMF) adaptiert (Heitmeyer et al., 2011; 2020). Zunächst wurden die Studienteilnehmer gebeten anzugeben, inwieweit sie auf einer 5-Punkte-Skala den folgenden Aussagen zustimmen oder nicht zustimmen: „Leute wie ich haben kein Mitspracherecht darüber, was die Regierung tut.“ Mit Ausnahme von Ungarn und der Tschechischen Republik steigt die Zustimmung zu dieser Aussage im Laufe der Zeit in allen Ländern. In Italien (53%), der Tschechischen Republik (53%) und dem Vereinigten Königreich (52%) stimmen sogar mehr als die Hälfte der Befragten zu. Mit 40% Zustimmung und Ablehnung ist das Antwortverhalten in Frankreich am ausgeglichensten. In Italien ist die Ablehnung mit 22% am niedrigsten (siehe Abbildung 3-1).

Abbildung 3-1:

Zustimmung mit "Leute wie ich haben kein Mitspracherecht darüber, was die Regierung tut."



Ähnliche Entwicklungen lassen sich für die Aussage „Auch als Einzelbürger kann ich Entwicklungen in [LAND] beeinflussen“ im Laufe der Zeit beobachten. Vor allem in Ungarn neigen drei Viertel der Befragten dazu, der Aussage nicht zuzustimmen oder ganz zu widersprechen. In Frankreich sind es nur 27%. Dies ist auch das Land mit der höchsten Zustimmungsrates (50%) unter den befragten Ländern. In den meisten Ländern wurde die Kategorie teilweise zustimmen/nicht zustimmen („partly agree/disagree“) stark ausgewählt (Frankreich: 21%, Deutschland: 34%).

Im Gegensatz dazu zeichnet die dritte Frage zur Wirksamkeit ein gegenteiliges Bild. Fast die Hälfte der Franzos*innen (47%) stimmt der Aussage zu: „Ich denke, es ist sinnlos für mich,

politisch engagiert zu werden“. Dem gegenüber stehen 24% in Deutschland, 25% in Österreich, 29% in Ungarn, 31% in Italien und Polen, 34% im Vereinigten Königreich und 35% in der Tschechischen Republik. Die höchsten Meinungsverschiedenheiten finden sich in Deutschland und Ungarn mit 44%, gefolgt von Österreich mit 43% und Dem Vereinigten Königreich mit 41%.

Ein Vergleich der Mittelwerte über die Zeit und nach Ländern zeigt, dass mit Ausnahme von Ungarn die innenpolitische Wirksamkeit in allen Ländern zurückgegangen ist (siehe Tabelle 3-1). Die Mittelwerte unterscheiden sich eher graduell, mit Ausnahme von Ungarn, das besonders niedrige Werte aufweist.

Über fast alle Länderkontexte hinweg zeigt sich auch, dass Frauen eher der Aussage zustimmen, dass sie es für sinnlos halten, sich in der Politik zu engagieren. Ausnahmen bilden hier Deutschland und Italien, wo keine Unterschiede zwischen Männern und Frauen zu beobachten sind. Je höher jedoch das Bildungsniveau, desto höher die Zustimmung, dass Individuen auch politische Entscheidungen beeinflussen können. Hinsichtlich der wirtschaftlichen Situation zeigt sich zum Beispiel in Italien, dass je schlechter die Wahrnehmung der wirtschaftlichen Situation ist, desto stärker die Zustimmung, dass Individuen keinen Einfluss haben.

3.1.2 Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie

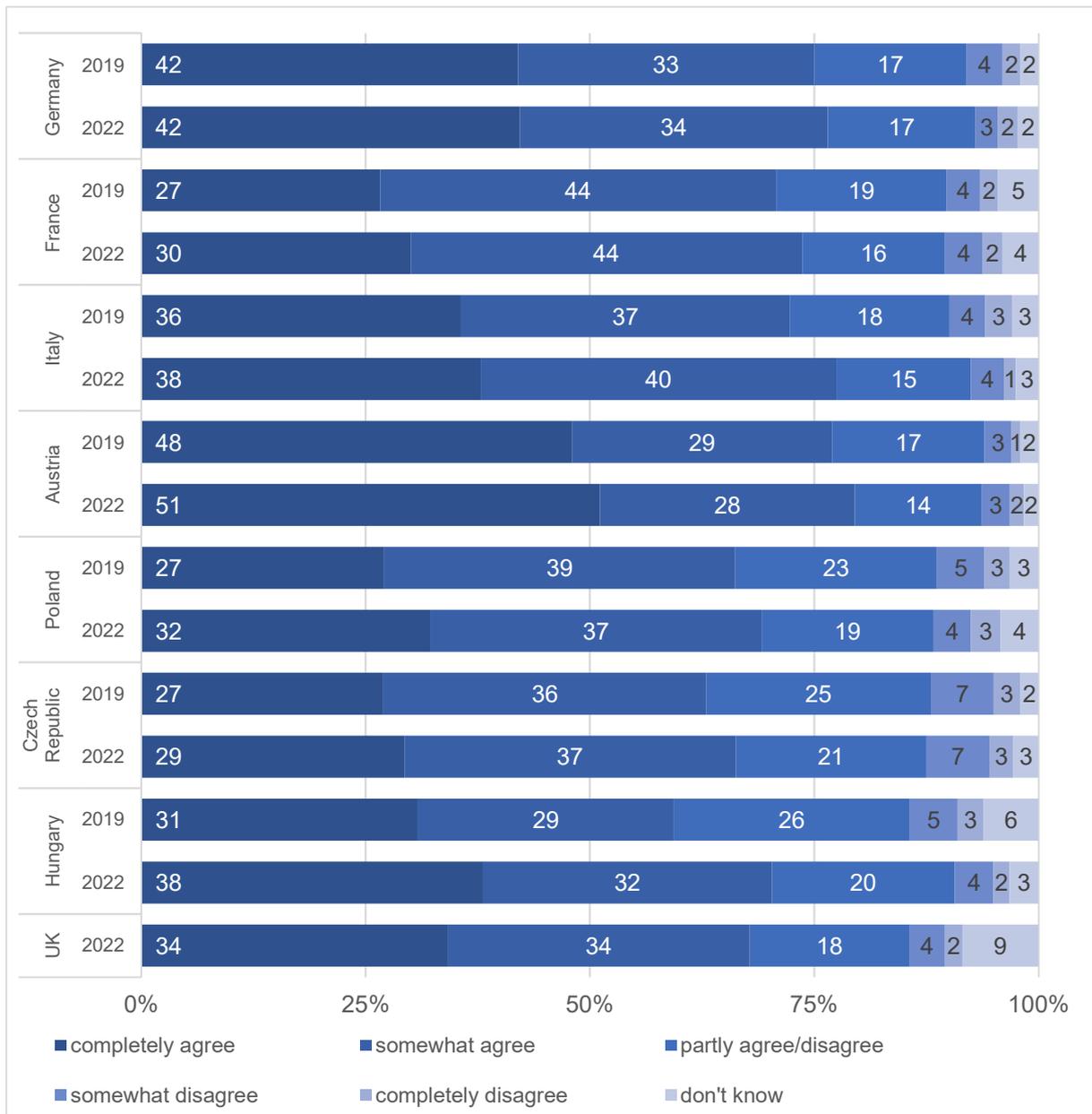
Die Ergebnisse machen deutlich, dass Personen sich selbst als weniger in der Lage sehen, die Entwicklungen in der Gesellschaft zu beeinflussen. Es kann jedoch festgestellt werden, dass das politische Interesse in den beobachteten Ländern mit Ausnahme von Frankreich und der Tschechischen Republik vergleichsweise hoch ist. In einigen Ländern ist das Interesse im Durchschnitt gesunken, wie in Italien und Frankreich und allmählich auch in Deutschland. Gleichzeitig hat sie in Österreich, Polen, Tschechien und Ungarn zugenommen (siehe Tabelle 3-1).

Diese Erkenntnis liefert uns jedoch noch keine Aussagen darüber, inwieweit Demokratie befürwortet wird. Ausgehend von Rathkolbs Studie aus dem Jahr 2007 (Rathkolb & Ogris, 2010) zeigen die Ergebnisse der Frage: „Bitte geben Sie an, inwieweit Sie den folgenden Aussagen zustimmen oder nicht zustimmen: Demokratie ist die beste Regierungsform, auch wenn sie Probleme mit sich bringen kann“, dass die Zustimmung in allen Ländern über die

Erhebungszeiträume zugenommen hat (siehe Abbildung 3-2, Tabelle 3-1). In Österreich stimmen 79% zu, in Italien 78%, in Deutschland 76%, Frankreich 74% und in der Tschechischen Republik nur 66%. Die Tschechische Republik ist mit 10% auch das Land, in dem die meisten Ablehnungen zu der Aussage bestehen. Im Vereinigten Königreich konnten 9% diese Frage nicht beantworten („Ich weiß es nicht“). Auch im Vereinigten Königreich stimmen nur etwa zwei Drittel der Aussage zu.

Es zeigt sich, dass mit zunehmender formaler Bildung und höherer subjektiver Klassenzugehörigkeit die Übereinstimmungsrate mit der Aussage in allen beobachteten Ländern zunimmt. In Polen, Deutschland, Italien, Frankreich und Dem Vereinigten Königreich gibt es eine deutlich stärkere Übereinstimmung mit der Aussage bei Männern als bei Frauen. Auch in Polen ist zu beobachten, dass mit zunehmendem Alter und über alle politischen Lager hinweg hohe Zustimmungswerte zu verzeichnen sind. In Italien hingegen wird deutlich, dass politisch linksgerichtete Personen der Aussage deutlich stärker zustimmen (91%) als Personen am Rande der Rechten (69%).

Abbildung 3-2:
Übereinstimmung mit „Demokratie ist die beste Regierungsform, auch wenn sie Probleme mit sich bringen kann.“



Die Frage, ob „Experten, nicht die Regierung, entscheiden sollen, was das Beste für das [LAND] ist“ (adaptiert aus EVS, 2022, v146), wurde in den mitteleuropäischen Ländern stärker unterstützt als in den westeuropäischen Ländern. Insbesondere in Polen stimmten 62% der Aussage zu oder stimmten stark zu, in der Tschechischen Republik 61% und in Ungarn 58%. Im Vergleich dazu stimmten in Deutschland und Frankreich, wo die Unterstützung im Laufe der Jahre zurückgegangen ist, nur 27% in Deutschland und 44% in Frankreich der Aussage zu. In Polen und Tschechien stieg die Zustimmung. Vor allem in westeuropäischen Ländern ist die Ambivalenz zwischen Zustimmung und Ablehnung höher als in mitteleuropäischen Ländern. Dementsprechend ist auch dort die Ablehnung der Aussage höher: in Frankreich 19%, in

Deutschland 18%, in Italien 16% und im Vereinigten Königreich 15%. Die Antworten auf die Frage „Demokratie muss die Interessen verschiedener Gruppen berücksichtigen“ machen deutlich, dass Demokratie als die Vertretung der Interessen verschiedener sozialer Gruppen über die Länder hinweg verstanden wird. In allen Ländern nimmt diesbezüglich die Zustimmung zu. In Deutschland stimmen 87% der Aussage (stark) zu, in Österreich 87%, in Frankreich 86% und in Polen 85%. Dies steht im Gegensatz zur Tschechischen Republik, wo nur 75% damit einverstanden sind. Aber die Tschechische Republik verzeichnet mit über 10% von 2019 bis 2022 den größten Zuwachs an Zustimmung.

Hinsichtlich der Zufriedenheit mit der Funktionsweise der Demokratie im Heimatland und in der EU wurden zwei Fragestellungen aus dem CSES herangezogen. Auf einer 4-Punkte-Skala von sehr zufrieden bis gar nicht zufrieden wurden die Fragen gestellt: „Wie zufrieden sind Sie insgesamt mit der Funktionsweise der Demokratie im eigenen Land und in der EU“.

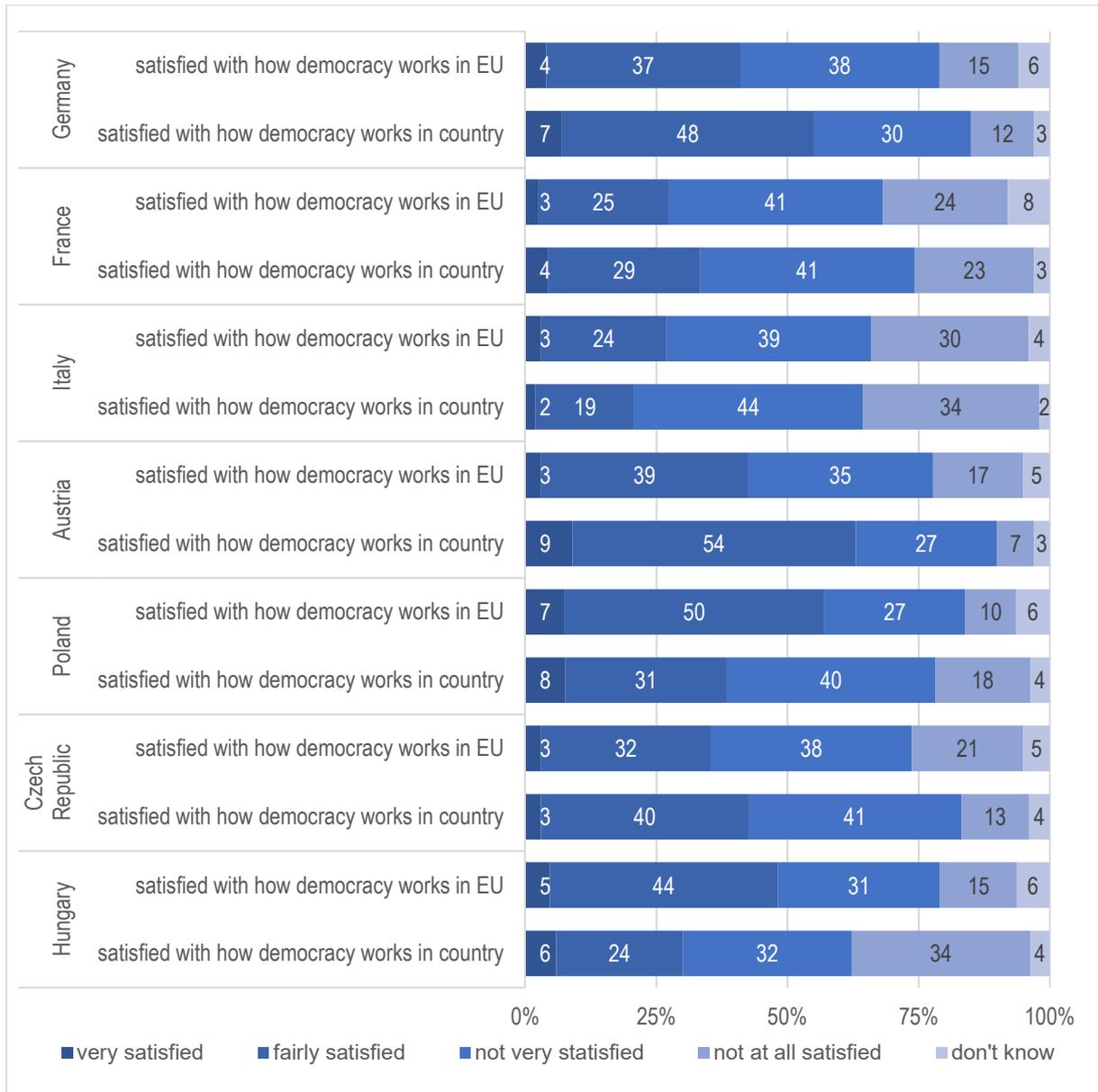
Hinsichtlich der Zufriedenheit mit der eigenen Regierung gibt es im Laufe der Zeit unterschiedliche Dynamiken. So ist beispielsweise ein Drittel der Deutschen ziemlich oder sehr zufrieden mit ihrer Regierung. In Frankreich und Italien ist die Zufriedenheit gestiegen, von 21% auf 24% in Frankreich und von 21% auf 33% in Italien. In Österreich sank die Zustimmung von 43% auf 19%, in Polen von 31% auf 23% und in der Tschechischen Republik von 33% auf 26%. In Ungarn stieg das Vertrauen in die Fidesz-geführte Regierung leicht auf 36%. Besonders hoch ist die Unzufriedenheit in Österreich, wo 2022 78% der Regierung gegenüber ablehnend eingestellt sind. Im Gegensatz dazu ist die Zufriedenheit mit der Funktionsweise der Demokratie in der EU in Ländern wie Deutschland (41%) und Frankreich (29%) im Erhebungszeitraum relativ stabil. In Italien und Tschechien steigt die Zufriedenheit im Laufe der Zeit leicht an, während in Österreich, Polen und Ungarn der Trend in die entgegengesetzte Richtung geht. In Österreich sinkt die Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie um acht Prozentpunkte auf 44% und in Polen von 57% auf 50%. Die größte Unsicherheit bei der Beantwortung der Frage zeigt sich im Nicht-EU-Land UK, wo 20% der Teilnehmer die Frage nicht beantworten können. Im direkten Vergleich der Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie im eigenen Land und in der EU für das Jahr 2022 (siehe Abbildung 3-3) ergibt sich kein einheitliches Bild hinsichtlich der Zufriedenheit. In den meisten Ländern ist die Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie zu Hause höher als in der EU (Deutschland, Frankreich, Österreich, Tschechien). Die Zufriedenheit mit dem Funktionieren

der Demokratie in der EU ist jedoch in Ländern mit hoher Korruption (Ungarn) (Transparency.org, 2023) oder Ungarn und Polen höher, wo die anhaltende Konsolidierung der illiberalen Demokratie nicht nur zu einer Stagnation, sondern auch zu einer Erosion der Grundprinzipien der Rechtsstaatlichkeit geführt hat (Blanke & Sander, 2023). Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass in allen Ländern die Zustimmung zu demokratischen Grundsätzen zugenommen hat, teilweise stark. Die höchsten Werte finden sich in Deutschland (m=3,74), gefolgt von Österreich (m=3,7). Die niedrigste Zustimmungswerte gibt es in der Tschechischen Republik (m=3.37) (siehe Tabelle 3-1).

In allen Ländern sind männliche Teilnehmer mit dem Funktionieren der Demokratie in der EU deutlich zufriedener als weibliche. In Polen und Frankreich steigt die Zufriedenheit auch mit zunehmendem Alter stark an. Im Gegensatz dazu nimmt die Zufriedenheit in der Tschechischen Republik in älteren Altersgruppen im Vergleich zu jüngeren ab. In Italien zum Beispiel sind die Menschen aus den oberen Klassen deutlich zufriedener (54%) als die Menschen aus den unteren Klassen (24%).

Abbildung 3-3:

Zufriedenheit mit den Arbeitsweisen der Demokratie im eigenen Land und der EU (2022)



3.1.3 Demokratie und Parteien

Kenntnisse über Einstellungen zu Demokratie und Parteien sind für Analysen demokratischer Entwicklungen unerlässlich. Zu diesem Zweck wurden den Befragten in der Befragung 2022 erstmals sechs Aussagen vorgelegt, denen sie voll und ganz zustimmen oder nicht zustimmen konnten. In allen Ländern stimmten mehr als 50% der Befragten der Aussage zu, dass „die meisten Politiker*innen sich nur um die Interessen der Reichen und Mächtigen kümmern“. Polen und Das Vereinigte Königreich hatten mit jeweils 73% die höchste Zustimmung, gefolgt

von Frankreich und Italien mit jeweils 71%. Die geringste Zustimmung findet sich in Deutschland mit 52%.

Mit Ausnahme von Deutschland (19%) und Dem Vereinigtem Königsreich (15%) stimmen die Befragten der Aussage, dass die meisten Politiker*innen vertrauenswürdig sind, nur zwischen 9% und 11% zu. In Ungarn und Frankreich gelten Politiker*innen als besonders unzuverlässig (71%). Nur in Deutschland stimmen weniger als 50% der Aussage nicht zu. Das geringe Vertrauen in die Politik spiegelt sich auch im Fragenkomplex zum Vertrauen in demokratische Institutionen während der COVID-19-Pandemie wider. Hier liegen die Bundesregierung und das Parlament an letzter Stelle in Deutschland (37% für die Bundesregierung und 36% für den Deutschen Bundestag), Dem Vereinigtem Königsreich (26% für das Parlament und 26% für die von den Konservativen geführte Regierung), Österreich (21% für die konservativ-grüne Koalition und 27% für den Nationalrat), der Tschechischen Republik (23% für Parlament und Regierung), Frankreich (22% für Parlament und Regierung) und Polen (18% für das Parlament und 20% für die von den PiS geführte Regierung). In Italien genießt die Regierung ein paar Prozentpunkte mehr Vertrauen als die öffentlichen Medien. Das nationale Parlament liegt mit 32% auf dem letzten Platz. In Ungarn hat nur der öffentlich-rechtliche Rundfunk (25%) niedrigere Vertrauensratings als die Fidesz-geführte Regierung (29%) und das ungarische Parlament (27%).

Die Aussage, dass die Bevölkerung und nicht die Politiker*innen die wichtigen politischen Entscheidungen treffen sollten, wurde am stärksten in Polen (66%), Frankreich (63%), Österreich und Ungarn (beide 59%) unterstützt. Die geringste Unterstützung (45%) und die höchste Ablehnungsquote (23%) gab es in Deutschland.

Mit Ausnahme von Deutschland (38%) stimmten 50% oder mehr der Teilnehmer*innen in den Ländern zu, dass die Parteien das Hauptproblem in ihrem Land sind. Besonders in Polen (70%), Italien (64%) und Dem Vereinigtem Königsreich (60%) ist die Zustimmung besonders hoch. In den anderen Ländern schwankt die Zustimmung zur Aussage zwischen 50% (Ungarn) und 55% (Österreich). Zusammenfassend zeigt der Index für diese Frage (Demokratieindex), dass die Zufriedenheit mit dem demokratischen System in Deutschland am höchsten ($m=2,63$) und in Polen am niedrigsten ($m=2,11$) ist (siehe Tabelle 3-1).

Tabelle 3-1:

Vergleiche von politischer Interesse und Enttäuschung der Demokratie 2019 und 2022

		Political Interest	Best form of government	Under-standing Index	Efficacy Index	Demo-cracy in country	Demo-cracy in EU	Demo-cracy Index*
Germany	2019	2.82(.86)	4.11(.97)	3.02(.53)	3.02(.97)	2.52(.80)	2.31(.79)	
	2022	2.81(.86)	4.14(.94)	3.74(.61)	2.96(.94)	2.49(.82)	2.29(.81)	2.63(.86)
France	2019	2.51(.88)	3.94(.91)	3.04(.54)	2.99(.98)	2.15(.83)	2.06(.79)	
	2022	2.47(.93)	3.99(.93)	3.65(.59)	2.97(.97)	2.13(.81)	2.06(.81)	2.27(.72)
Italy	2019	2.84(.86)	4.02(.98)	2.95(.55)	2.95(.95)	1.89(.78)	1.98(.82)	
	2022	2.78(.87)	4.12(.90)	3.6(.58)	2.92(.94)	2.10(.77)	2.12(.83)	2.25(.73)
Austria	2019	2.89(.86)	4.23(.90)	2.98(.48)	3.06(.97)	2.67(.74)	2.3(.80)	
	2022	2.94(.83)	4.27(.93)	3.7(.59)	3.01(.94)	2.39(.77)	2.13(.84)	2.29(.73)
Poland	2019	2.85(.83)	3.85(.98)	3.12(.55)	3.03(1.0)	2.29(.86)	2.58(.78)	
	2022	2.96(.82)	3.94(1.01)	3.48(.59)	2.99(.96)	2.17(.84)	2.45(.86)	2.11(.68)
Czech Rep.	2019	2.58(.82)	3.79(1.93)	3.24(.55)	2.84(.88)	2.34(.74)	2.19(.81)	
	2022	2.66(.82)	3.86(1.02)	3.37(.62)	2.82(.92)	2.24(.83)	2.21(.88)	2.37(.83)
Hungary	2019	2.71(.86)	3.84(1.05)	3.12(.63)	2.52(.92)	2.02(.92)	2.41(.81)	
	2022	2.89(.84)	4.04(.98)	3.51(.59)	2.55(.91)	1.99(.96)	2.3(.85)	2.34(.77)
UK	2022	2.86(.91)	4.03(.96)	3.6(.62)	2.98(1.1)	2.33(.83)	2.25(.86)	2.28(.74)

Note. Mean values (SD); weighted data; * just questioned in 2022; **Political interest**: 4-point scale: 1=not at all interested, 4=very interested; **Democracy is the best form of government even though it may bring problems**: 5-point scale: 1=disagree at all, 5=agree completely; **Democratic Understanding Index**: Includes: (1) "Democracy must take into account the interests of different groups", (2) "Democracy is the best form of government, even if it may entail problems", (3) "Experts, not the government, should decide what is best for [COUNTRY]", 5-point scale: 1=disagree entirely, 5=completely agree. **Efficacy Index**: Includes: (1) "People like me don't have any say about what the government does", (2) "I think it's pointless for me to become politically engaged", (3) "Even as an individual citizen I can influence developments in [COUNTRY]", 1=disagree entirely, 5=completely agree. **Satisfaction with the functioning of democracy in [COUNTRY] and the EU**: 4-point scale: 1=not at all satisfied, 4=very satisfied; **Democracy and parties Index**, Includes: (1) "When people talk about 'compromise' in politics, they actually mean selling their principles", (2) "Most politicians only care about the interests of the rich and powerful", (3) re-polished: "Most politicians are trustworthy", (4) "The parties are the main problem in [COUNTRY]", (5) "The people, and not politicians, should make our most important political decisions", (6) "As a member of parliament I would rather have an independent citizen than a party member", 5-point scale: 1= completely agree, 5=disagree entirely.

3.2 Autoritarismus

Autoritäre Entwicklungen sind weltweit zu beobachten. Entscheidend ist, dass sich die Manifestationen stark voneinander unterscheiden und hybride Regime entstanden sind oder aktuell entstehen (Adler et al., 2022). Im folgenden Abschnitt werden die verschiedenen Fragestellungen der Umfrage sowie die Dynamik in den Befragungskontexten vorgestellt. Die Umfrage unterschied eine Reihe von Konzepten: 3.2.1 autoritäre Aggression, 3.2.2 autoritäre Unterwürfigkeit, 3.2.3 Konventionalismus und Traditionalismus, 3.2.4 neuer politischer Autoritarismus und 3.2.5 soziale Dominanzorientierung.

3.2.1 Autoritäre Aggression

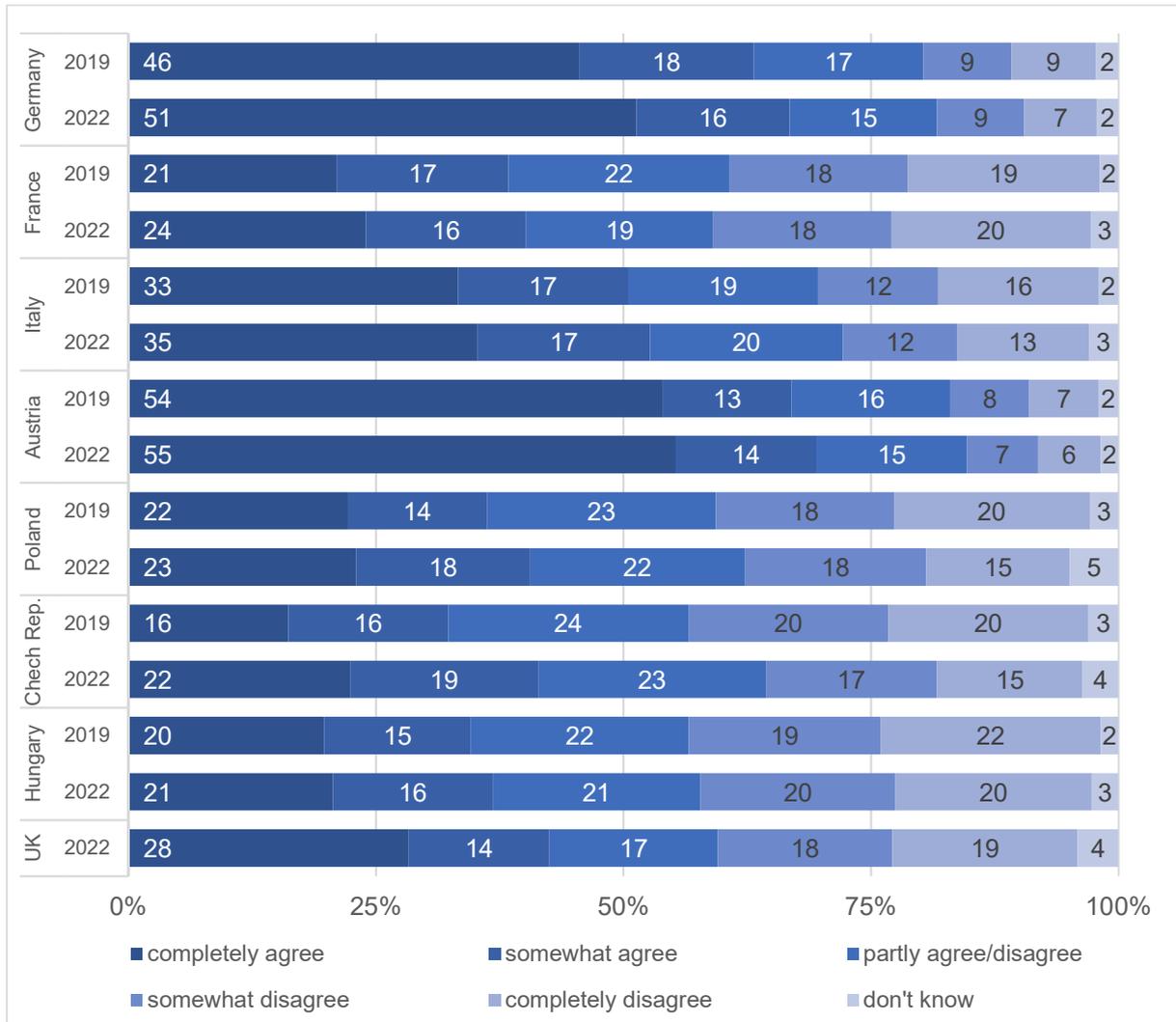
Autoritäre Aggression wurde sowohl in der Studie 2019 als auch in der Studie 2022 mit drei Einstellungspunkten auf einer 5-Punkte-Skala von „stimme voll und ganz zu“ bis „stimme überhaupt nicht zu“ untersucht. Nach Aichholzer und Zeglovits (2015) wurden die Befragten gebeten, den Aussagen „Es ist wichtig, die Rechte von Kriminellen zu schützen“ und „Harte Strafen für Kriminelle sind notwendig, um ein Zeichen zu setzen“ (Dunwoody und Funke, 2016) zuzustimmen oder nicht zuzustimmen. Für die Befragung wurde folgende Aussage neu erstellt, um ausgewertet zu werden: „Die Wiedereinführung der Todesstrafe sollte heute undenkbar sein.“ Ein Vergleich zeigt im Laufe der Zeit einen Rückgang der Zustimmung zwischen den Ländern, wobei Frankreich, Polen, Ungarn, Italien und die Tschechische Republik deutlich höhere unterstützende Einstellungen aufweisen als der deutschsprachige Raum (siehe Tabelle 3-2). Die letzte Aussage zeigt, dass in den mitteleuropäischen Ländern die Ablehnung der Vorstellung, dass die Wiedereinführung der Todesstrafe heute undenkbar ist, höher ist als in Ländern, in denen sie viel länger abgeschafft wurde, wie Deutschland oder Österreich, die sie 1968 vollständig abgeschafft haben, und dass auch die Todesstrafe mit über zwei Dritteln die höchste Zustimmung genießt. Die am stärksten polarisierte Reaktion findet sich jedoch in Frankreich, wo fast ebenso viele Befragte die Aussage im Jahr 2022 ablehnen (38%) wie unterstützen (40%).

In fast allen untersuchten Ländern steigt die Ablehnung der Todesstrafe mit steigender Bildung und steigendem Einkommen. In Österreich, Ungarn und Tschechien steigt die Übereinstimmung auch mit zunehmender subjektiver Klassenzugehörigkeit. Darüber hinaus

zeigt sich in Deutschland und Italien: Je weiter sich eine Person nach rechts positioniert, desto weniger halten sie die Wiedereinführung der Todesstrafe für undenkbar.

Abbildung 3-4:

Zustimmung mit "Die Wiedereinführung der Todesstrafe sollte heute undenkbar sein."



3.2.2 Autoritäre Unterwürfigkeit

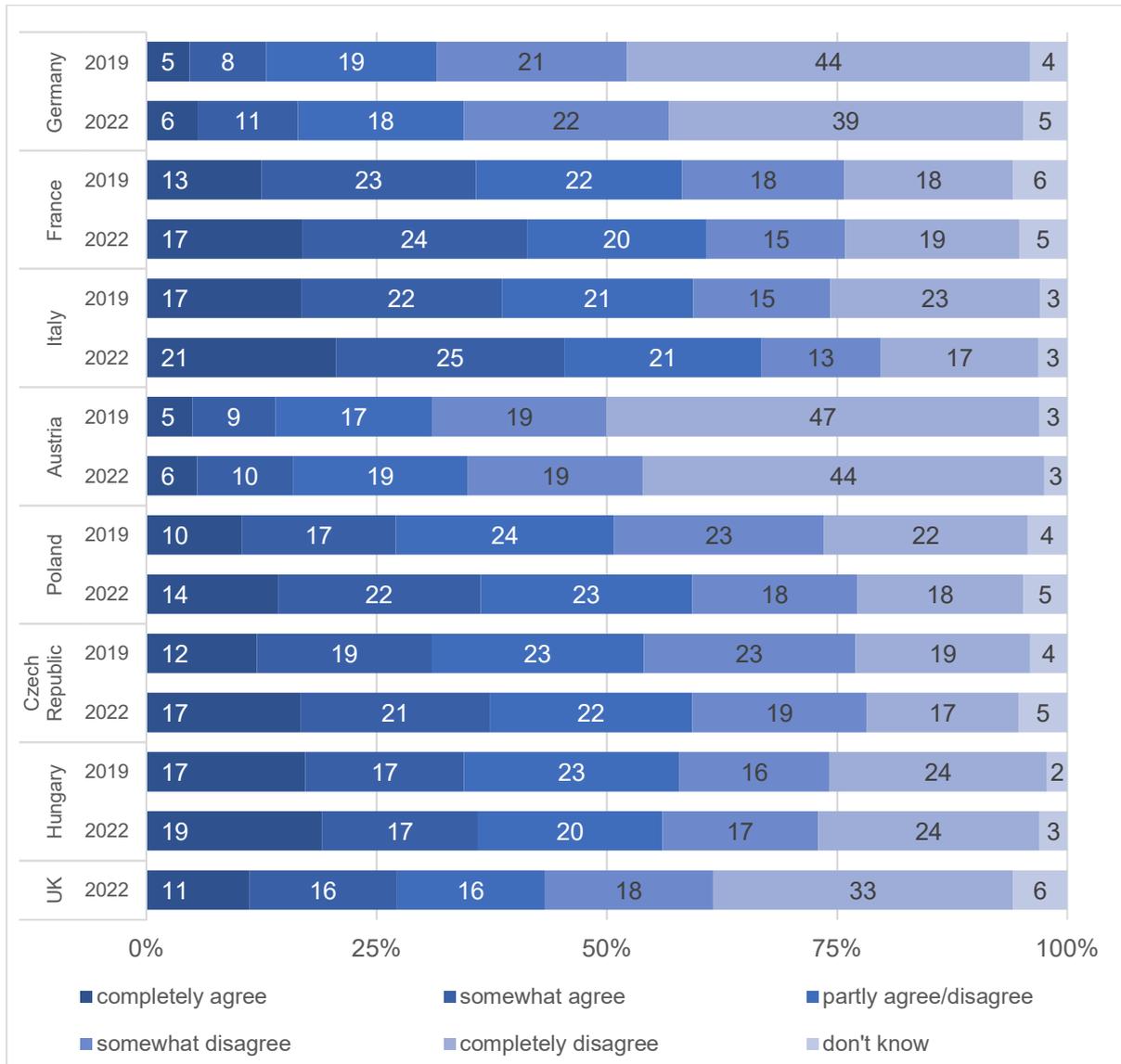
Autoritäre Unterwürfigkeit wurde mit jeweils zwei Punkten auf einer 5-Punkte-Skala gemessen: Nach Beierlein et al. (2012) wurden die Teilnehmer*innen gebeten, der Aussage „Wir brauchen starke Führungskräfte, damit wir sicher in der Gesellschaft leben können“ zuzustimmen oder nicht zuzustimmen. Angelehnt an Rathkolb und Ogris (2010) sollten die Befragten auch die Aussage „Es sollte einen starken Führer geben, der sich nicht mit Parlament

und Wahlen herumschlagen muss.“ bewerten. In den deutschsprachigen Ländern ist die Zustimmung zu dieser Aussage sehr gering und die Ablehnung im Vergleich zu den anderen befragten Ländern sehr hoch, da „Führer“ in diesem Zusammenhang im Deutschen etwas anderes bedeutet als zum Beispiel „leader“ im Englischen. Im Jahr 2022 weisen insbesondere Italien (46%) und Frankreich (41%) hohe Zustimmungswerte auf. Polarisiertes Antwortverhalten mit hoher teilweise zustimmender/nicht zustimmender Antwort findet sich in den mitteleuropäischen Staaten. Ein Blick auf die Mittelwerte zeigt jedoch, dass in allen Ländern (mit Ausnahme von Ungarn, wo die Werte weitgehend stabil sind) die Zunahme der Zustimmung, beispielsweise in Deutschland, etwas geringer ausfällt als in Polen oder der Tschechischen Republik (siehe Tabelle 3-2).

In allen untersuchten Ländern nimmt die Unstimmigkeit mit der Aussage zu, wobei die Unterschiede zwischen niedriger und hoher formaler Bildung in den ehemals sozialistischen Ländern Ungarn, Polen und Tschechien sowie in Österreich am größten sind (AT: 47% vs. 75%, HU: 18% vs. 55%, PL: 26% vs. 47%, CZ: 24% vs. 71%). In allen Ländern außer Ungarn ist die Übereinstimmung bei Männern stärker als bei Frauen.

Abbildung 3-5:

Zustimmung mit „Es sollte einen starken Führer geben, der sich nicht mit Parlament und Wahlen herumschlagen muss.“



3.2.3 Konventionalismus und Traditionalismus

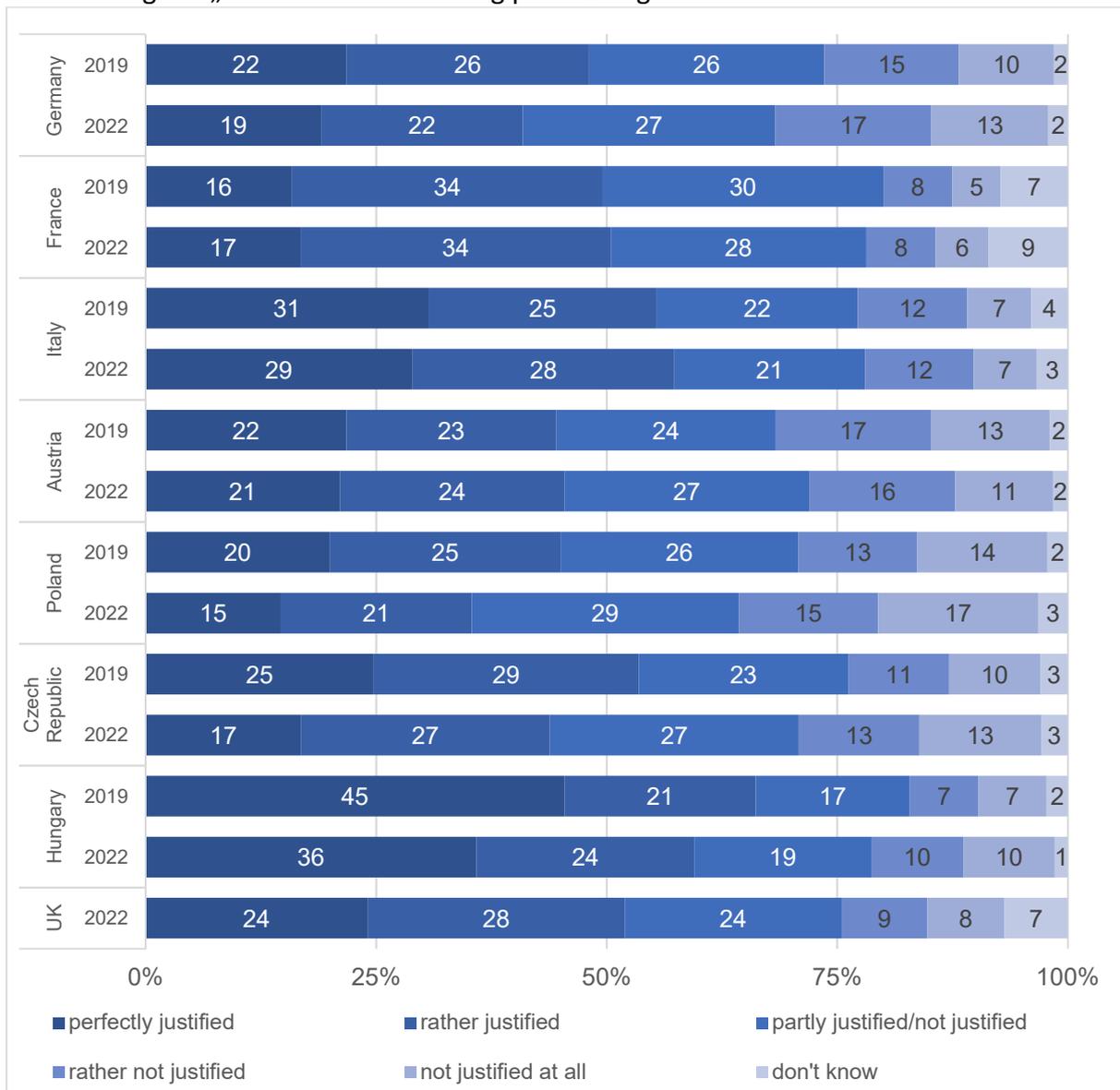
Das Konstrukt Konvention und Traditionalismus wurde mit drei Items in der Umfrage 2019 und nur zwei Items im Jahr 2022 befragt. In jedem Fall, gemessen auf einer 5-Punkte-Skala, wurden die Befragten gebeten, den Aussagen „Unser Land braucht Menschen, die sich Traditionen widersetzen und verschiedene Ideen ausprobieren“ (Aichholzer & Zeglovits, 2015) und „Menschen sollten soziale Traditionen in Frage stellen, um die Gesellschaft voranzubringen“ (Dunwoody & Funke, 2016) zuzustimmen oder nicht zuzustimmen. Einerseits gibt es über die

Zeit unterschiedliche Dynamiken und andererseits gibt es in fast allen Ländern hohe Zustimmungswerte. Demnach hat die Einstellung zum Traditionalismus in Deutschland leicht abgenommen und in Österreich, Frankreich und Tschechien leicht zugenommen. Italien, Polen und Ungarn zeigten die größte Zunahme der Zustimmung zum Haltungskonstrukt. Zusammen mit Italien (3,44) hat das Vereinigte Königreich (3,4) die höchsten durchschnittlichen Zustimmungswerte und die Tschechische Republik die niedrigsten (3,1) (siehe Tabelle 3-2).

3.2.4 Neuer politischer Autoritarismus

In Bezug auf neuere Manifestationen des Autoritarismus wurden Einstellungen zu einer Reihe von Maßnahmen gefragt, die erstmals in Rathkolbs Studie von 2007 (Rathkolb & Ogris, 2010) untersucht wurden, wie „Welche der folgenden Maßnahmen einer Regierung sind Ihrer Meinung nach gerechtfertigt? Ein allgemeines Demonstrationsverbot“, „Überwachung der Kommunikation per Smartphone“, „Einschränkungen der Medienberichterstattung“, „Präventive Inhaftierung potenziell gefährlicher Personen“. Darüber hinaus wurde auch „Videoüberwachung in öffentlichen Bereichen“ aus der European Value Study (EVS, 2017) dazu genommen. Für diese Studie wurde folgende „Maßnahme“ hinzugefügt: „Beschränkung des Zugriffs auf bestimmte Inhalte im Internet“. Ein Vergleich von Zeit und Ländern zeigt einen Rückgang der Unterstützung für die Maßnahmen (siehe Tabelle 3-2), mit Ausnahme von Österreich, das im Zeitverlauf stabil ist. Die höchste Unterstützung für die Maßnahmen findet sich im Vereinigten Königreich und die niedrigste in den ehemals sozialistischen Ländern Polen, Tschechien und Ungarn. Hinsichtlich der Maßnahme der präventiven Inhaftierung potenziell gefährlicher Personen ergibt sich ein anderes Bild: In Ungarn befürworten immer noch 60% diese Maßnahme trotz abnehmender Zustimmung, während in Polen nur 36% und in der Tschechischen Republik 44% sie für gerechtfertigt halten. In Italien, Dem Vereinigtem Königreich und Frankreich halten auch mehr als 50% der Befragten die Maßnahme für vollkommen bzw. eher gerechtfertigt (siehe Abbildung 3-6).

Abbildung 3-6:
Zustimmung mit „Präventive Inhaftierung potenziell gefährlicher Personen“



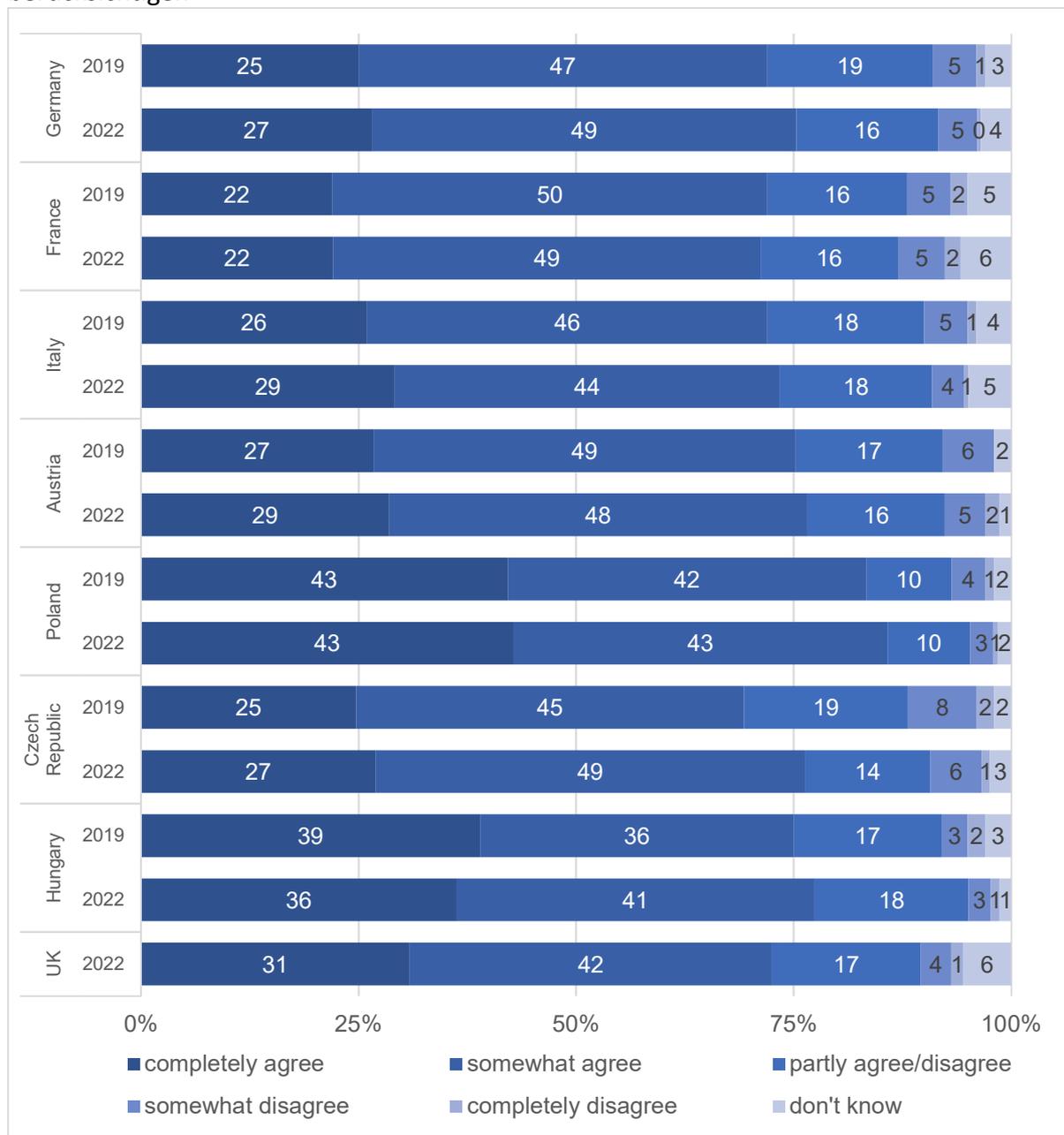
3.2.5 Soziale Dominanzorientierung

Das soziale Dominanz-Orientierungskonstrukt von Pratto und Kollegen (2013), das sie mit ihrer 4-Punkt-Kurzskala (SSDO) validierten, wurde auf sieben Ebenen gemessen und zur Präsentation auf eine fünfstufige Vereinbarungsskala umdimensioniert. Die Teilnehmer wurden gebeten, den folgenden Aussagen zuzustimmen oder nicht zuzustimmen: „Bei der Festlegung von Prioritäten müssen wir alle gesellschaftlichen Gruppen berücksichtigen“, „Wir sollten nicht auf die Gleichstellung gesellschaftlicher Gruppen drängen“, „Die Gleichstellung gesellschaftlicher Gruppen sollte unser Ziel sein“ und „Übergeordnete gesellschaftliche

Gruppen sollten minderwertige Gruppen dominieren“. Niedrige Werte deuten darauf hin, dass Gruppeneinbeziehung und Gleichheit Dominanz bevorzugt werden.

Auch hier ist ein zeitlicher und länderübergreifender Rückgang des sozialen Dominanzgrades zu beobachten. Vor allem in Ungarn, Tschechien und Italien ist die Zustimmungsrate im Laufe der Jahre stärker gesunken. Diese Länder haben auch die niedrigste soziale Dominanz. Nur in Frankreich ist sie leicht gestiegen.

Abbildung 3-7:
Zustimmung mit „Bei der Prioritätensetzung müssen wir alle sozialen Gruppen berücksichtigen“



Die Umfrageergebnisse für die Aussage „Bei der Prioritätensetzung müssen wir alle sozialen Gruppen berücksichtigen“ zeigen, dass in allen Ländern mehr als zwei Drittel der Befragten eher damit einverstanden sind. Polen sticht mit einer Vereinbarungsquote von 86% hervor. Die niedrigste Zustimmung ist in Frankreich zu beobachten, das auch das einzige Land ist, in dem die Zustimmung leicht gesunken ist (siehe Abbildung 3-7).

Tabelle 3-2:
Comparisons authoritarian attitudes 2019 and 2022

		Authoritarian aggression Index	Authoritarian servility Index	Convention & traditionalism Index	New political authoritarianism Index	Social dominance Index
Germany	2019	3.17(.87)	2.84(.98)	3.28(.82)	2.6(.74)	2.26(.71)
	2022	3.08(.84)	2.87(1.03)	3.24(.88)	2.51(.73)	2.23(.71)
France	2019	3.6(.82)	3.3(1.01)	3.23(.92)	2.94(.78)	2.26(.7)
	2022	3.63(.83)	3.4(1.09)	3.26(.99)	2.91(.79)	2.28(.72)
Italy	2019	3.50(.83)	3.34(1.19)	3.24(1.01)	2.89(.82)	2.15(.75)
	2022	3.42(.85)	3.5(1.14)	3.44(.95)	2.84(.83)	2.03(.75)
Austria	2019	3.09(.87)	2.74(1.03)	3.26(.89)	2.53(.81)	2.27(.71)
	2022	3.06(.84)	2.83(1.03)	3.28(.93)	2.53(.75)	2.21(.72)
Poland	2019	3.57(.84)	3.3(.99)	2.91(1.03)	2.51(.82)	2.09(.75)
	2022	3.5(.82)	3.47(1.0)	3.13(1.03)	2.36(.77)	2.07(.73)
Czech Rep.	2019	3.71(.82)	3.24(1.07)	3.08(.84)	2.51(.8)	2.32(.79)
	2022	3.48(.83)	3.42(1.12)	3.1(.92)	2.32(.75)	2.18(.74)
Hungary	2019	3.64(.82)	3.46(1.06)	3.08(.97)	2.46(.76)	2.15(.77)
	2022	3.55(.79)	3.43(1.11)	3.19(1.03)	2.31(.79)	2.08(.74)
UK	2022	3.43(.99)	3.33(1.02)	3.4(.97)	3.04(0.88)	2.16(.79)

Note. Mean values (SD); weighted data. All 5-point scales, 1=completely disagree, 5=completely agree: **Authoritarian aggression Index:** (1) “Strong punishments for criminals are necessary in order to send a message”, (2) “It is important to also protect the rights of criminals”, (3) “Today, the reintroduction of death penalty should be unthinkable”; **Authoritarian servility Index:** (1) “We need strong leaders so that we can live safely in society”, (2) “There should be a strong leader who does not have to bother with parliament and elections”; **Convention & traditionalism Index:** (1) “Our country needs people who oppose traditions and try out different ideas”, (2) “People should challenge social traditions in

order to advance society”; **New political authoritarianism Index:** (1) “General ban on demonstrations”, (2) “Surveillance of communication via smartphone”, (3) “Video surveillance in public areas (EVS)”, (4) “Restrictions on media coverage”, (5) “Pre-emptive detention of potentially dangerous people”, (6) “Restricting access to certain content on the internet”; **Social dominance Index:** (1) “In setting priorities, we must consider all societal groups”, (2) “We should not push for equality of societal groups”, (3) “The equality of societal groups should be our goal”, (4) “Superior societal groups should dominate inferior groups”.

3.3 Erinnerungskulturen

“Rekonstruktionen der Vergangenheit tragen zur Identitätsbildung von Individuen, sozialen Gruppen und Nationen bei und verleihen zugleich Legitimation und Orientierung an gegenwärtigen politischen Konstellationen. Kollektives Gedächtnis im Sinne von Maurice Halbwachs bezieht sich auf gesellschaftlich konstituierte Bezugsrahmen, ohne die eine Interpretation historischer Ereignisse und ihrer Kontexte nicht möglich wäre “ (Ptaszyńska et al., 2010, S. 16).

In einem von Demokratie und Pluralismus geprägten System lassen sich vielfältige Wahrnehmungen historischer Ereignisse beobachten. Innerhalb pluralistischer und demokratischer Gemeinschaften dürfen sich gegensätzliche Interpretations- und Narrationsrahmen offen behaupten. Zweifellos wahren und fördern öffentliche Einrichtungen, Bürgergruppen, politische Parteien und Massenmedien das Verständnis historischer Ereignisse, die ihren guten Ruf stärken und ihre Autorität bestätigen. Nichtsdestotrotz stellen diese Entitäten ein öffentliches Forum dar, in dem wahrgenommene Schuld und Fehler im Zusammenhang mit der eigenen Nation einer realen Möglichkeit ausgesetzt sind, offengelegt und diskutiert zu werden. In autoritären oder diktatorischen Systemen gibt es eine Zentralisierung der politischen Autorität auf der obersten Ebene der staatlichen Hierarchie. Regulierungsmechanismen fehlen oder sind unwirksam. Es wird nicht erwartet, dass die Bevölkerung nach dem handelt, was sie für wahr hält. Stattdessen fordern Führungskräfte Compliance (Regelkonformität) und Unterwürfigkeit. In solchen autoritären Systemen ist das Verständnis historischer Ereignisse tendenziell in erheblichem Maße homogenisiert. Wenn Daten über bestimmte historische Ereignisse und ihre Interpretationen den grundlegenden Grundsätzen der staatlichen Ideologie widersprechen, versuchen die regierenden Mächte, sie zu verbannen oder zu unterdrücken. Dennoch können Erinnerungsmodi, die beispielsweise

aus Lehrplänen oder Mainstream-Medien entfernt wurden, von Oppositionellen immer noch bewahrt und propagiert werden (Ptaszyńska et al., 2010, S. 16).

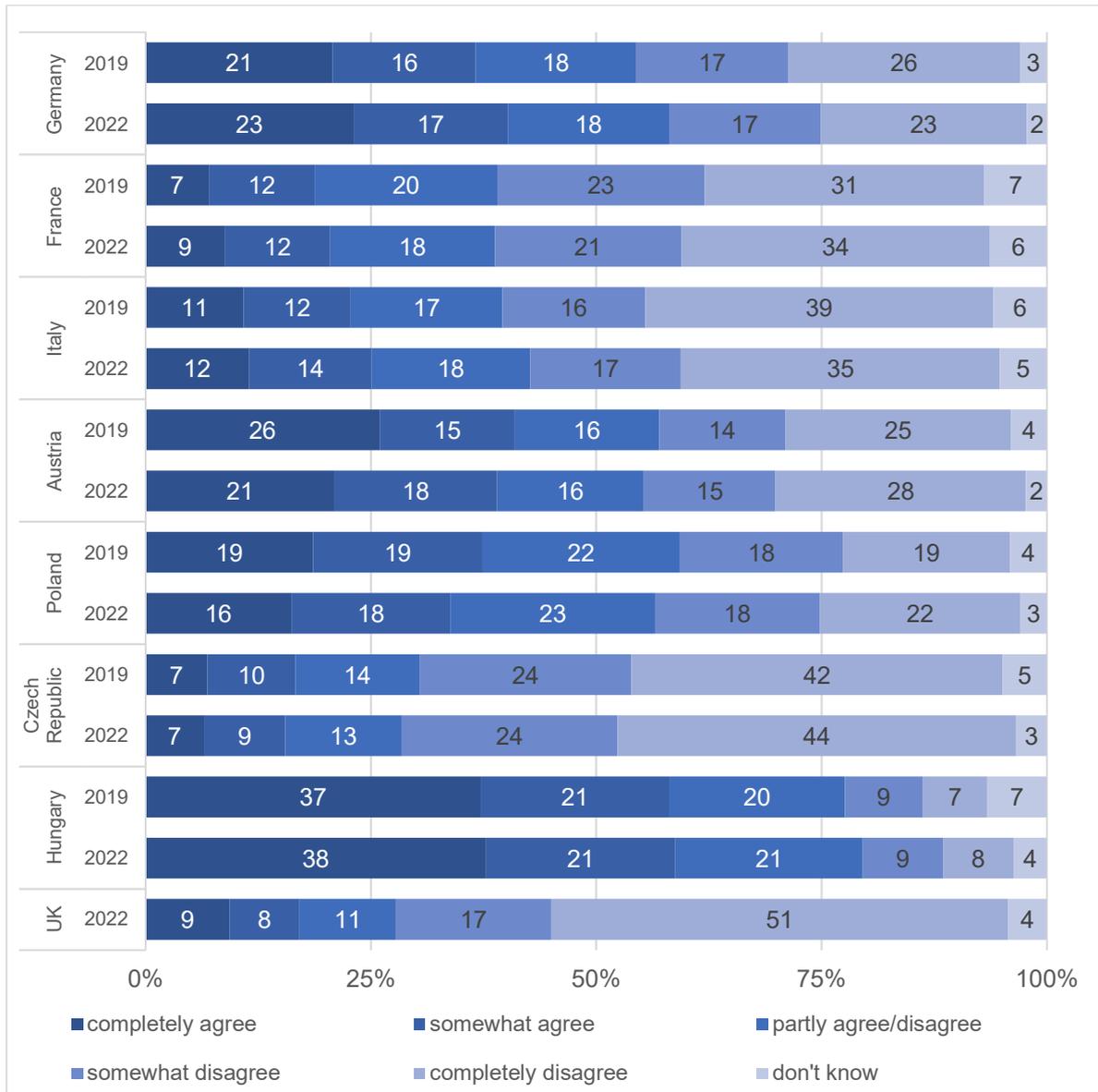
Die Fragen nach den Erinnerungskulturen wurden auf der Grundlage der Umfrage von 2007 von Rathkolb und Ogris (2010) zu Autoritarismus, Geschichte und demokratischen Dispositionen in Österreich, Polen, Ungarn und der Tschechischen Republik entwickelt. Alle Fragen wurden auf einer 5-Punkte-Skala von „Stimme völlig zu“ bis „Stimme überhaupt nicht zu“ gemessen. Die Fragen zu historischen Wahrnehmungen, die 2019 und 2022 in allen Ländern gestellt wurden, lauteten wie folgt:

Die Zustimmung, dass die Diskussion über den Zweiten Weltkrieg und den Holocaust beendet werden sollte, hat in einigen Ländern (Frankreich, Deutschland, Italien) leicht zugenommen, in anderen (Österreich, Polen) leicht abgenommen und ist in anderen (Tschechien, Ungarn) in etwa gleich geblieben. Auffallend ist – wie 2019 – die hohe Zustimmung, dass diese Diskussion beendet werden soll in Ungarn, mit 59% und die geringe Zustimmung in Tschechien mit 16%. Eine vergleichsweise hohe Zustimmung gibt es in Deutschland (40%) und Österreich (39%). Für Österreich zeigen zusätzliche Daten aus der Umfrage von 2007, dass die Zustimmung zu dieser Aussage deutlich abnimmt, da sie 2007 bei 47%, 2019 bei 41% und 2022 bei 39% lag.

In vielen Ländern ist die Zustimmung für Menschen, die sich politisch als Mitte-rechts oder rechts identifizieren, viel höher, und auch für Befragte, für die es sehr schwierig ist, ihr aktuelles Einkommen zu verwalten, ist die Zustimmung, dass die Diskussion über den Zweiten Weltkrieg und den Holocaust beendet werden sollte, viel höher. Am anderen Ende des Spektrums ist die Zustimmung für Teilnehmer mit höherem Bildungsniveau und jüngeren Jahren geringer.

Abbildung 3-8:

Zustimmung mit „Die Diskussion über den Zweiten Weltkrieg und den Holocaust sollte beendet werden“.

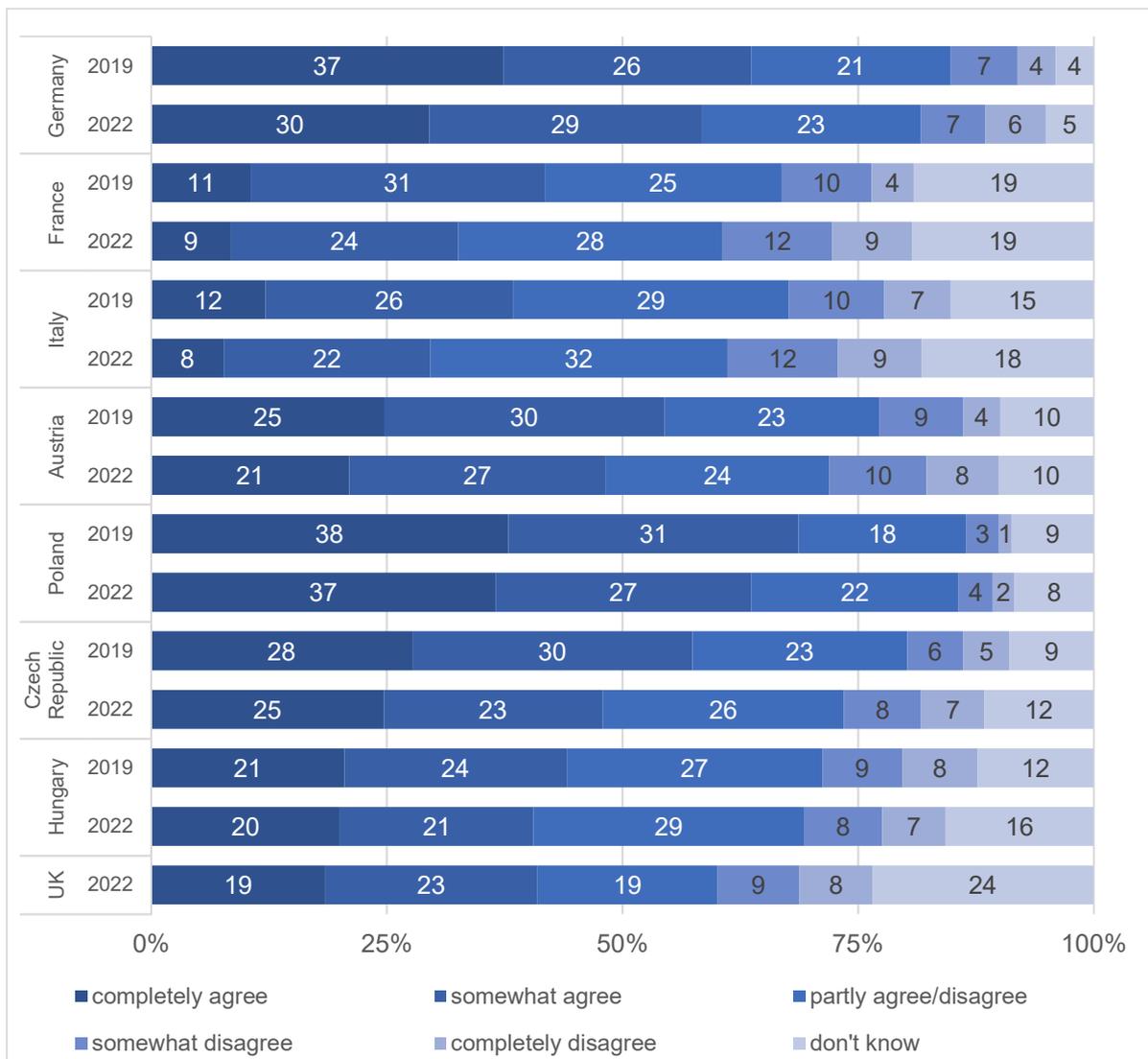


In allen Ländern ist die Zustimmung zu der Aussage, dass das Land von der Öffnung der Grenzen 1989 profitiert hat, im Vergleich zu 2019 zurückgegangen. Besonders gering ist die Zustimmung in Italien (30%) und Frankreich (33%), aber auch in den osteuropäischen Ländern ist sie rückläufig; in Ungarn liegt sie beispielsweise nur bei 41%. In Polen ist die Zustimmung immer noch stärker als in den anderen Ländern (64%); auch in Deutschland (59%) gibt es immer noch eine Mehrheit, die sagt, dass die Öffnung der Grenzen im Jahr 1989 dem Land zugutekam und die Zustimmung in den östlichen Regionen (Ländern) des Landes ist viel höher (68%) im Vergleich zu den westlichen Regionen (52%). In der Tschechischen Republik stimmten

2022 nur 48% zu – 2019 waren es 58%; hier stimmen Befragte mit höherem Bildungsniveau häufiger zu (56% für Akademiker*innen) als Personen mit Pflichtschulabschluss (35%), und Teilnehmer*innen, für die es sehr schwierig ist, mit ihrem aktuellen Einkommen auszukommen, stimmen dieser Aussage seltener zu (31%) als diejenigen, die bequem leben (68%) – diese Trends sind auch in den anderen Ländern zu beobachten.

Abbildung 3-9:

Zustimmung mit „[LAND] hat vom Öffnen der Grenzen 1989 profitiert.“



3.4 Gruppenbezogene Misanthropie

Ein zentraler Schwerpunkt der Studien der Berkeley-Gruppe zum autoritären Charakter bestand darin, die Bereitschaft zu identifizieren, sich an autoritären Aggressionen gegen

Gruppen von Menschen zu beteiligen, die im Großen und Ganzen als „andere“ bezeichnet werden können (Adorno et al., 1950). Dieser Ansatz wurde von der modernen Forschung zum Rechtsextremismus übernommen und verfeinert. Ein wichtiges Instrument dafür ist das Konstrukt der gruppenbezogenen Misanthropie: Wir sprechen davon, wenn Personen ausländischer oder ähnlicher Herkunft aufgrund ihrer gewählten oder zugewiesenen Gruppenzugehörigkeit als ungleich gekennzeichnet und Abwertung und Ausgrenzung bis hin zu Feindseligkeit und Gewalt ausgesetzt sind. Dadurch wird die Würde der betroffenen Menschen gefährdet und kann zerstört werden. In der von Wilhelm Heitmeyer et al. (2020) für die Forschung zu Deutschland gewählten Konzeption hat das Konstrukt mehrere Elemente: Rassismus, Sexismus, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus, Homophobie, Islamophobie, das Niederlassungsprivileg und die Entwürdigung von Roma und Sinti, Flüchtlingen und Obdachlosen oder Langzeitarbeitslosen (Heitmeyer et al., 2020, S. 90f.).

Die durchgeführte Umfrage bezog sich auf drei Elemente von Heitmeyers Studie: Der Antisemitismus richtet sich auf die Abwertung von Menschen jüdischen Glaubens und jüdischer Herkunft. Die Diskriminierungsbereitschaft aufgrund von Stereotypen bildet das zentrale Element. Fremdenfeindlichkeit, die mit Einstellungen gegenüber Zuwanderern/Asylbewerbern befragt wurde, bezieht sich auf die Ablehnung von Gruppenmitgliedern ausländischer ethnischer Herkunft. Islamophobie umfasst eine generell negative Einstellung gegenüber Muslimen, pauschale Abwertungen der islamischen Kultur und distanzierende Verhaltensabsichten (Ptaszyńska et al. 2010, S. 19). Alle Aussagenbewertungen wurden auf einer 5-Punkte-Skala von „Stimme völlig zu“ bis „Stimme überhaupt nicht zu“ bewertet. Die Teilnehmer hatten auch die Möglichkeit, mit „weiß nicht“ zu antworten. In den folgenden Unterkapiteln werden die Ergebnisse zu Antisemitismus und Islamophobie vorgestellt und verglichen.

3.4.1 Antisemitismus

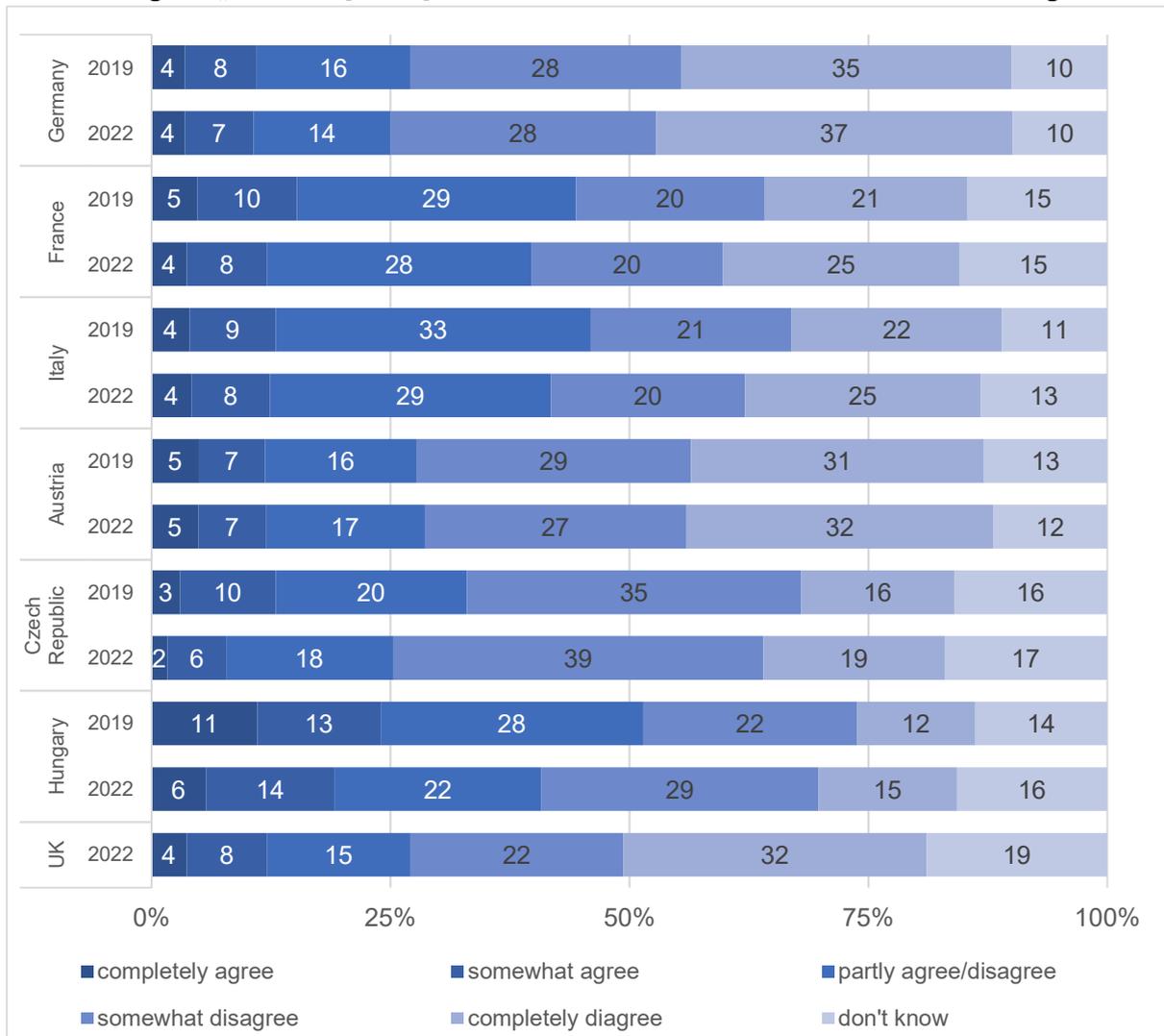
“Antisemitismus ist geprägt von traditionellen Stereotypen und negativen Einstellungen gegenüber Juden“ (Ptaszyńska et al., 2010, S. 19). Eine Studie des österreichischen Parlaments aus dem Jahr 2018 – die erneut in den Jahren 2020 und 2022 durchgeführt wurde – analysierte, welche Formen Antisemitismus derzeit in Österreich annimmt; sie wurden in einer speziellen Analyse der Daten im Rahmen der Antisemitismusumfrage 2018 ermittelt. Die

Manifestationen des Antisemitismus identifizierten drei Grundhaltungen gegenüber Juden für die Bevölkerung. Zwei von ihnen drücken eine antisemitische Haltung aus (affektiver Antisemitismus, pseudorationaler Antisemitismus), während der dritte eine unvoreingenommene Beziehung zum Ausdruck bringt (Nicht-Antisemitismus). Zusätzliche Auswertungen für junge Personen unter 30 Jahren bestätigten die drei Dimensionen und ergaben für die Jüngsten eine zusätzliche vierte Dimension: den geschichtslosen Antisemitismus (Dawid & Zeglovits, 2023, S. 19). Innerhalb der in den Jahren 2019 und 2022 durchgeführten Umfragen lassen sich zwei von der österreichischen Studie identifizierte Formen des Antisemitismus mit folgenden Punkten in Verbindung bringen: Pseudorationaler Antisemitismus, der vermeintliche Erklärungen vorbringt (Juden in [LAND] haben zu viel Einfluss auf die öffentliche Meinung; Heute ist Judenhass im Wesentlichen nur bei Einwanderern zu finden). Und Nicht-Antisemitismus, der eine unvoreingenommene Beziehung zu Juden widerspiegelt (Juden haben viel zum kulturellen Leben in [LAND] beigetragen; Juden in [LAND] sollten das Recht haben, Synagogen zu bauen).

Die Übereinstimmung mit der Aussage, dass Juden zu viel Einfluss auf die öffentliche Meinung in den jeweiligen Ländern der Befragten haben, ist im Vergleich zu 2019 entweder gleich geblieben (z.B. Österreich, Deutschland) oder zurückgegangen (z.B. Ungarn, Frankreich, Tschechien). Trotz des Rückgangs hat Ungarn mit 20% immer noch die höchste Zustimmung im Ländervergleich, während die Tschechische Republik mit 8% die niedrigste hat. In Ungarn stimmen Befragte, die sich politisch als Mitte-rechts oder rechts identifizieren, und auch Personen, für die es sehr schwierig ist, mit ihrem aktuellen Einkommen auszukommen, dieser Aussage viel mehr zu als diejenigen links oder Mitte-links oder diejenigen, die bequem von ihrem Einkommen leben können.

Abbildung 3-10:

Zustimmung mit „Juden in [LAND] haben zu viel Einfluss auf die öffentliche Meinung“.



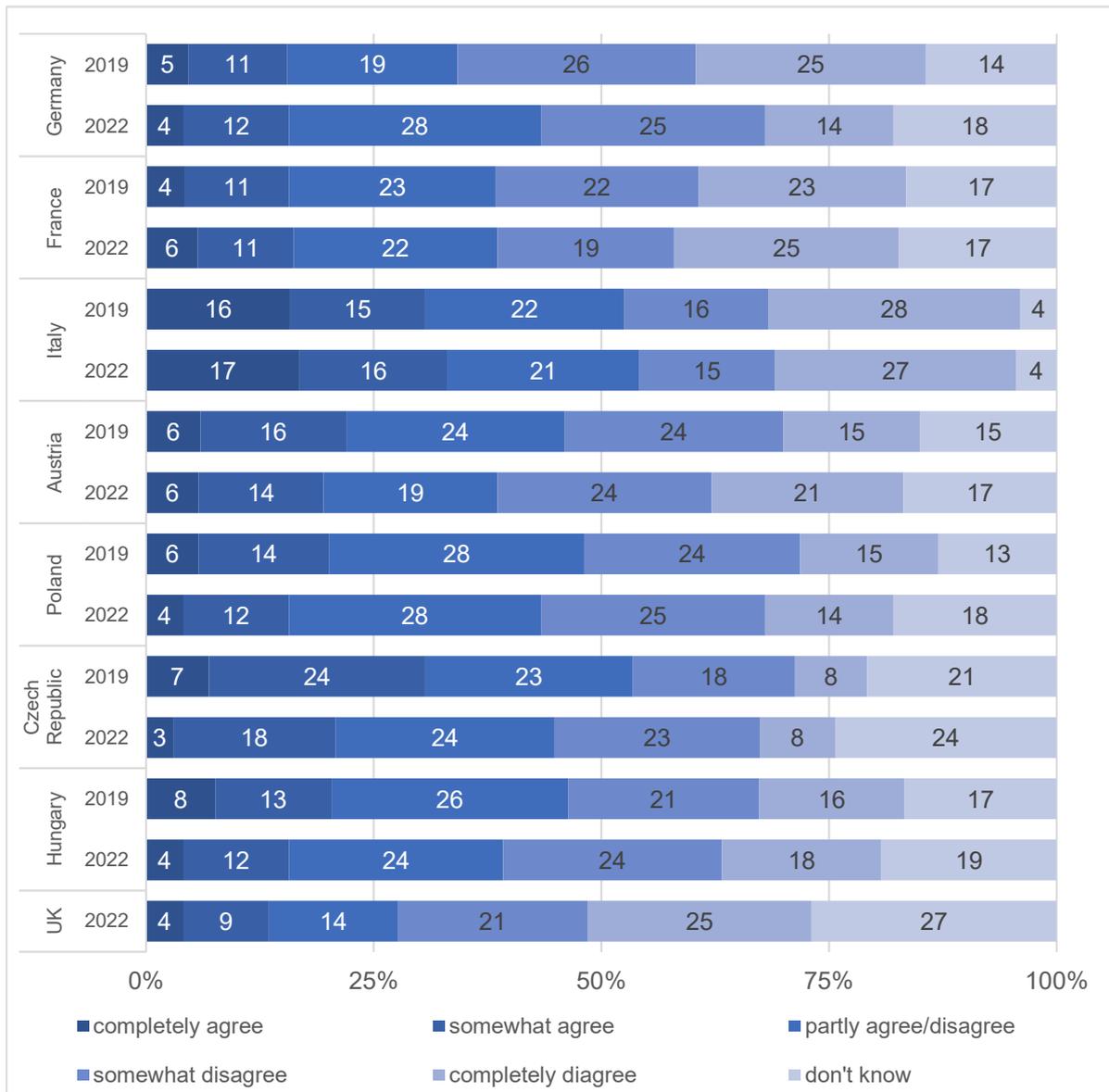
Im Vergleich zu den anderen Ländern stimmen die Befragten in Italien häufiger der Aussage zu, dass der Hass auf Juden heute im Wesentlichen nur bei Immigrant*innen zu finden ist: 33% (ähnlich wie 2019 mit 31%). In den anderen Ländern sind die Ergebnisse entweder auch ähnlich wie im Jahr 2019 (z.B. Deutschland, Frankreich) oder es gibt Rückgänge bei der Zustimmung (Polen, Tschechien, Ungarn)¹¹. In Italien stimmen Befragte, die sich politisch als mitte-rechts oder rechts identifizieren und auch Personen, für die es sehr schwierig ist, mit

¹¹ In Polen wurden einzelne Aussagen zum Thema Antisemitismus, die in den anderen Ländern Teil des Fragebogens waren, den Befragten nicht gestellt. Diese Entscheidung wurde während der Entwicklung und Übersetzung des Fragebogens nach Rückmeldungen nationaler Experten getroffen, die darauf hinwiesen, dass einzelne Fragen in Polen schwer zu bewerten sind. Daher waren die Aussagen über den kulturellen Beitrag der Juden oder den Einfluss der Juden auf die öffentliche Meinung nicht Teil der Umfrage in Polen

ihrem aktuellen Einkommen auszukommen, dieser Aussage viel mehr zu als diejenigen links oder mitte-links oder diejenigen, die bequem von ihrem Einkommen leben können.

Abbildung 3-11:

Zustimmung mit „Der Hass auf Juden ist heute im Wesentlichen nur bei Immigrant*innen zu finden.“



Die höchste Zustimmung zu der Aussage, dass Juden das Recht haben sollten, Synagogen in ihren jeweiligen Ländern zu bauen, findet sich im Vereinigten Königreich (69%), gefolgt von Deutschland (61%) und Österreich (58%); die niedrigste Zustimmung findet sich in Polen (39%). Im Jahr 2019 wurde die niedrigste Zustimmung in Ungarn gefunden, wo die Zustimmung von 39% im Jahr 2019 auf 48% im Jahr 2022 deutlich zugenommen hat. In Polen stimmen Befragte

mit akademischem Abschluss dem Recht Synagogen bauen zu dürfen deutlich häufiger zu (54%) – alle anderen Bildungsniveaus liegen zwischen 33% und 35%. Außerdem stimmen in Polen Personen, deren wirtschaftliche Situation sich deutlich verbessert hat, ebenfalls deutlich häufiger zu (68%) als Menschen, deren wirtschaftliche Situation etwas schlechter oder viel schlechter geworden ist (jeweils 37%). Und es gibt auch Unterschiede je nach Wohnort: Die Befragten, die in einer ländlichen Gegend oder einem Dorf leben, stimmen dem Recht, Synagogen zu bauen, viel weniger zu (29%) als die Befragten, die in einer Großstadt leben (47%).

In dem Vereinigten Königreich, Österreich und Deutschland stimmt die Mehrheit der Befragten zu, dass Juden viel zum kulturellen Leben in ihren jeweiligen Ländern beigetragen haben: 55%, 54% bzw. 52%. Die niedrigsten Zustimmungswerte finden sich in Frankreich und der Tschechischen Republik mit jeweils 38%. Im Vergleich zu 2019 ging die Zustimmung in Deutschland, Frankreich, Italien und der Tschechischen Republik zurück und nahm in Österreich und Ungarn zu. Im Vereinigten Königreich stimmen Menschen mit höherem Bildungsniveau häufiger zu, dass Juden viel zum kulturellen Leben im Vereinigten Königreich beigetragen haben (61% für Akademiker*innen im Vergleich zu 37% für Menschen mit einem Pflichtschulabschluss); außerdem stimmen die Befragten, die bequem von ihrem Einkommen leben, viel häufiger (63%) zu als Personen, für die es sehr schwierig ist, mit ihrem aktuellen Einkommen auszukommen (43%).

3.4.2 Islamophobie

„Islamophobie‘ ist ein modernes Wort für ein Vorurteil, das bis ins Mittelalter zurückreicht und die westlichen Gesellschaften im 21. Jahrhundert durchdringt. Es bezieht sich auf die Angst und Feindseligkeit gegenüber Muslimen und dem Islam sowie auf die diskriminierenden, ausschließenden und gewalttätigen Praktiken, die sich aus diesen Einstellungen ergeben und auf Muslime und diejenigen abzielen, die als Muslime wahrgenommen werden. Islamophobie lässt sich am besten als eine Form des kulturellen Rassismus verstehen, die Feindseligkeit auf

der Grundlage religiöser Überzeugungen, kultureller Traditionen und ethnischer Zugehörigkeit hervorrufen“ (Oxford Research Encyclopedias)¹².

“Islamophobie ist eine weitere Form der gruppenfokussierten Feindseligkeit. Wie der Name schon sagt, ist es ein Gefühl der Feindseligkeit gegenüber Muslimen, ein Gefühl, von ihnen bedroht zu werden, und eine Neigung, stereotype Urteile über den Islam zu fällen“ (Ptaszyńska et al., 2010, S.19). Die Islamophobie nahm nach 9/11 im Jahr 2001 und erneut nach terroristischen Anschlägen in Europa durch Mitglieder des Islamischen Staates oder anderweitig indoktrinierte oder radikalisierte Terroristen zu – zum Beispiel die Anschläge in Paris im Jahr 2015 oder in Belgien im Jahr 2016. Aussagen zur Islamophobie in den Umfragen wurden entweder positiv oder negativ formuliert..¹³

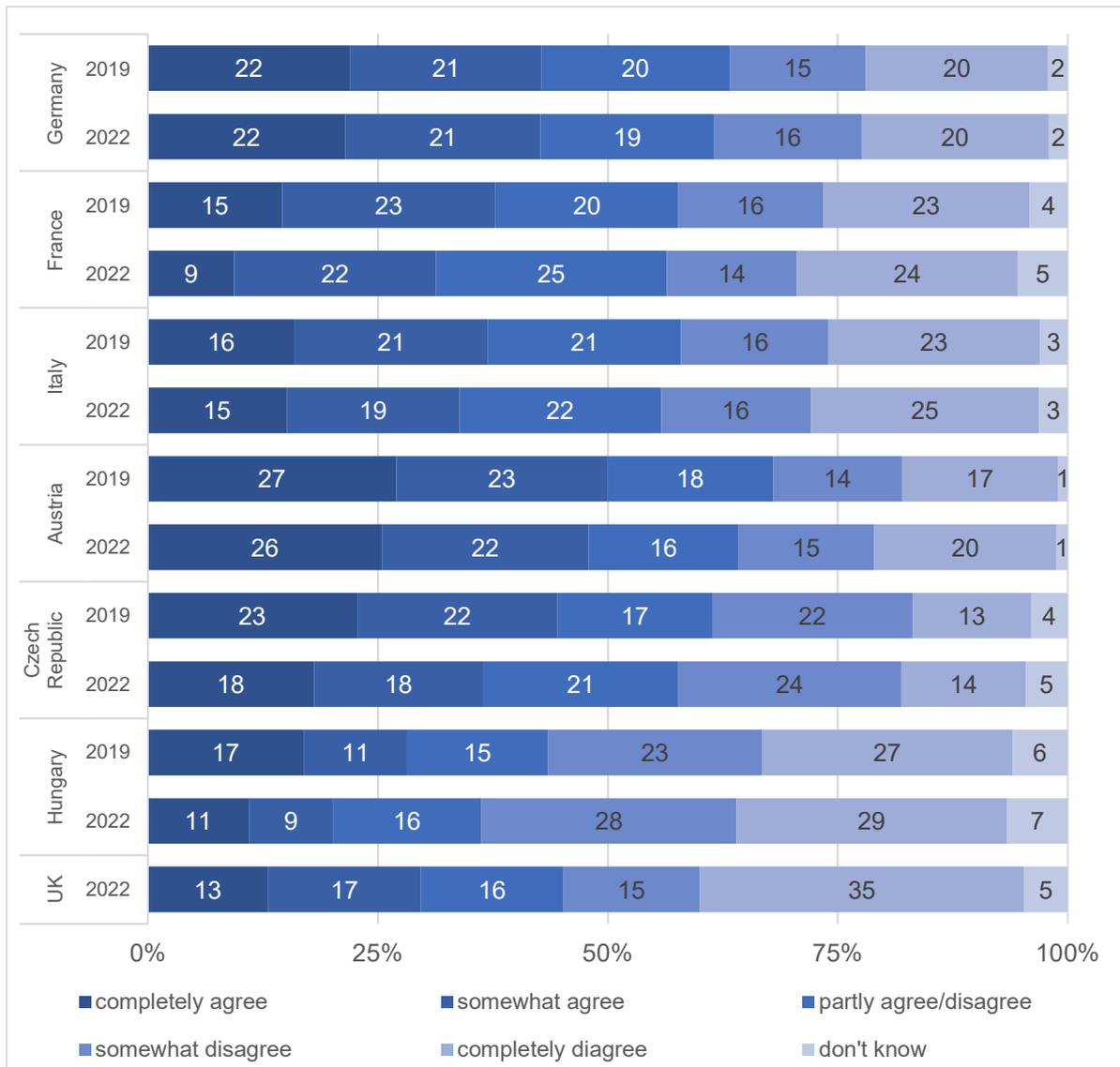
Im Vergleich zu 2019 ging die Zustimmung zu der Aussage, dass sie sich im eigenen Land wegen aller dortigen Muslime manchmal als Fremde fühlen, in fast allen Ländern zurück (mit Ausnahme von Deutschland, wo sie konstant blieb). Insgesamt ist der Grad der Zustimmung in Österreich (48%) und Deutschland (43%) immer noch am höchsten – und in Ungarn mit nur 20% am niedrigsten. In Deutschland ist die Zustimmung zu dieser Aussage bei Personen mit obligatorischer Schul- oder Sekundarschulbildung (52% oder 56%) im Vergleich zu Akademiker*innen (33%) sehr hoch. Auch innerhalb der östlichen Regionen (Bundesländer) liegt die Zustimmung bei 47% im Vergleich zu westlichen Regionen bei 41%, und Menschen, für die es sehr schwierig ist, mit ihrem aktuellen Einkommen auszukommen, stimmen viel häufiger (60%) zu als Menschen, die bequem von ihrem Einkommen leben können (35%).

¹² <https://oxfordre.com/religion/display/10.1093/acrefore/9780199340378.001.0001/acrefore-9780199340378-e-685;jsessionid=3A8726669F9F5063D160DE6F37BD479F#acrefore-9780199340378-e-685-div1-2> (2023-08-09).

¹³ In Polen enthielt die Umfrage keine einzelnen Aussagen über Islamphobie, die in den anderen Ländern Teil des Fragebogens waren. Dies wurde bei der Entwicklung und Übersetzung des Fragebogens nach Rückmeldungen von nationalen Experten beschlossen, die darauf hinwiesen, dass einzelne Fragen in Polen schwer auszuwerten sind. So wurden die Aussagen darüber, ob man sich wegen der vielen Muslime manchmal wie ein Fremder im eigenen Land fühlt, oder über den kulturellen Beitrag der Muslime, den Befragten in Polen nicht gestellt.

Abbildung 3-12:

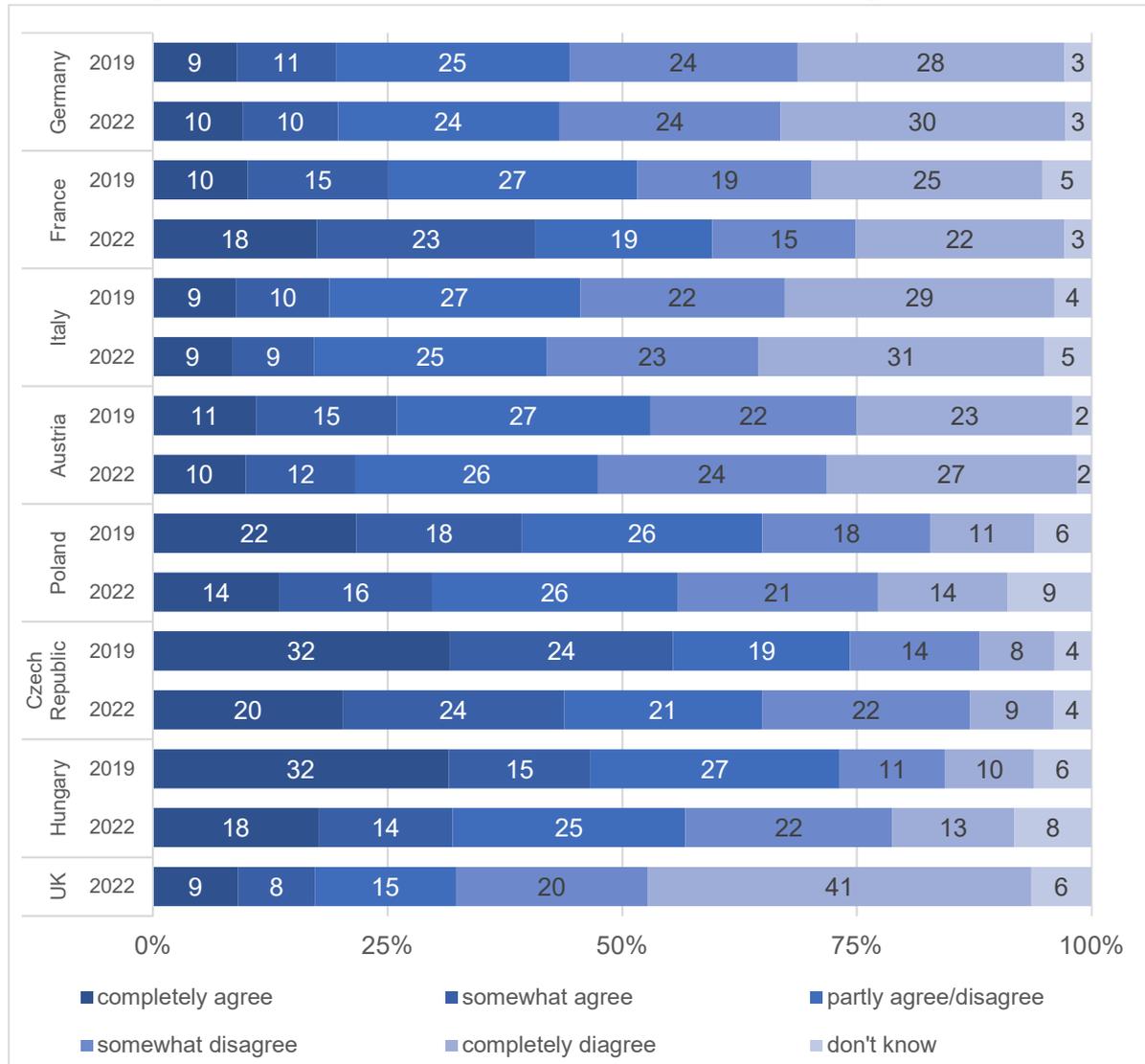
Zustimmung mit „All diese Muslime in [LAND] lassen mich manchmal wie eine*n Fremde*n in meinem eigenen Land fühlen“



In Frankreich stimmen 41% der Befragten der Aussage zu, dass Muslime von der Einwanderung ausgeschlossen werden sollten; hier stieg die Zustimmung im Vergleich zu 2019 deutlich (25%). In den anderen Ländern blieb die Übereinstimmung entweder konstant (z.B. Deutschland, Italien) oder ging zurück (wie in Österreich, der Tschechischen Republik, Polen und Ungarn). In Frankreich sind sich insbesondere Menschen, für die es sehr schwierig ist, mit ihrem aktuellen Einkommen auszukommen, einig, dass Muslimen die Einwanderung verboten werden sollte (66%), verglichen mit 28% der Menschen, die bequem von ihrem Einkommen leben können (28%). Auch ältere Menschen stimmen häufiger zu (60+: 50%) als jüngere Menschen (18–29 Jahre: 28%), Menschen mit Schulpflicht (54%) im Vergleich zu Akademiker*innen (31%) und

Menschen, die in einer ländlichen Gegend oder einem Dorf leben (44%) im Vergleich zu denen, die in einer Großstadt leben (34%).

Abbildung 3-13:
Zustimmung mit „Muslimen sollte das Einwandern in [LAND] untersagt sein.“



Die Übereinstimmung mit der Aussage, dass Muslime das Recht haben sollten, in ihren jeweiligen Ländern Moscheen zu bauen, zeigt einen leichten Anstieg in den osteuropäischen Ländern und Österreich im Vergleich zu 2019; in Frankreich hingegen sinkt die Zustimmung deutlich: von 32% im Jahr 2019 auf 20% im Jahr 2022. Mit 59% wurde die mit Abstand höchste Zustimmung im Vereinigten Königreich gefunden. In Frankreich stimmen Menschen, die bequem von ihrem Einkommen leben (27%), häufiger zu als Befragte, für die es sehr schwierig ist, mit ihrem aktuellen Einkommen auszukommen (14%). Außerdem stimmen junge

Menschen häufiger (18–29 Jahre: 33%) zu als ältere Menschen (60+: 11%), Akademiker*innen (27%) häufiger als Menschen mit Pflichtschulabschluss (11%) und Menschen, die in einer Großstadt leben häufiger (25%), im Vergleich zu denen, die in einem ländlichen Gebiet oder Dorf leben (16%).

Die Befragten im Vereinigten Königreich stimmen am meisten (48%) zu, dass Muslime viel zum kulturellen Leben in ihren jeweiligen Ländern beitragen; in Deutschland liegt die Zahl bei 27%, Frankreich bei 20% und Österreich bei 19%. Das Antwortverhalten für diese Frage hat sich im Vergleich zu 2019 nur geringfügig geändert, und die Zustimmung ist in der Tschechischen Republik und in Ungarn mit 4% bzw. 6% besonders gering. In Österreich gab es einen Anstieg im Vergleich zu 2019 (15%) und junge Menschen stimmen eher zu (16–29 Jahre: 26%) als ältere Menschen (60+: 11%); auch Personen, die in einer Großstadt leben, stimmen häufiger zu (22%) als diejenigen, die in einem ländlichen Gebiet oder Dorf leben (16%); und Befragte, die bequem von ihrem Einkommen leben können (21%), stimmen dieser Aussage häufiger zu als Menschen, für die es sehr schwierig ist, mit ihrem aktuellen Einkommen auszukommen (8%).

3.4.3 Ergebnis Vergleich: Recht auf den Bau von Moscheen vs Synagogen und Beitrag zum kulturellen Leben

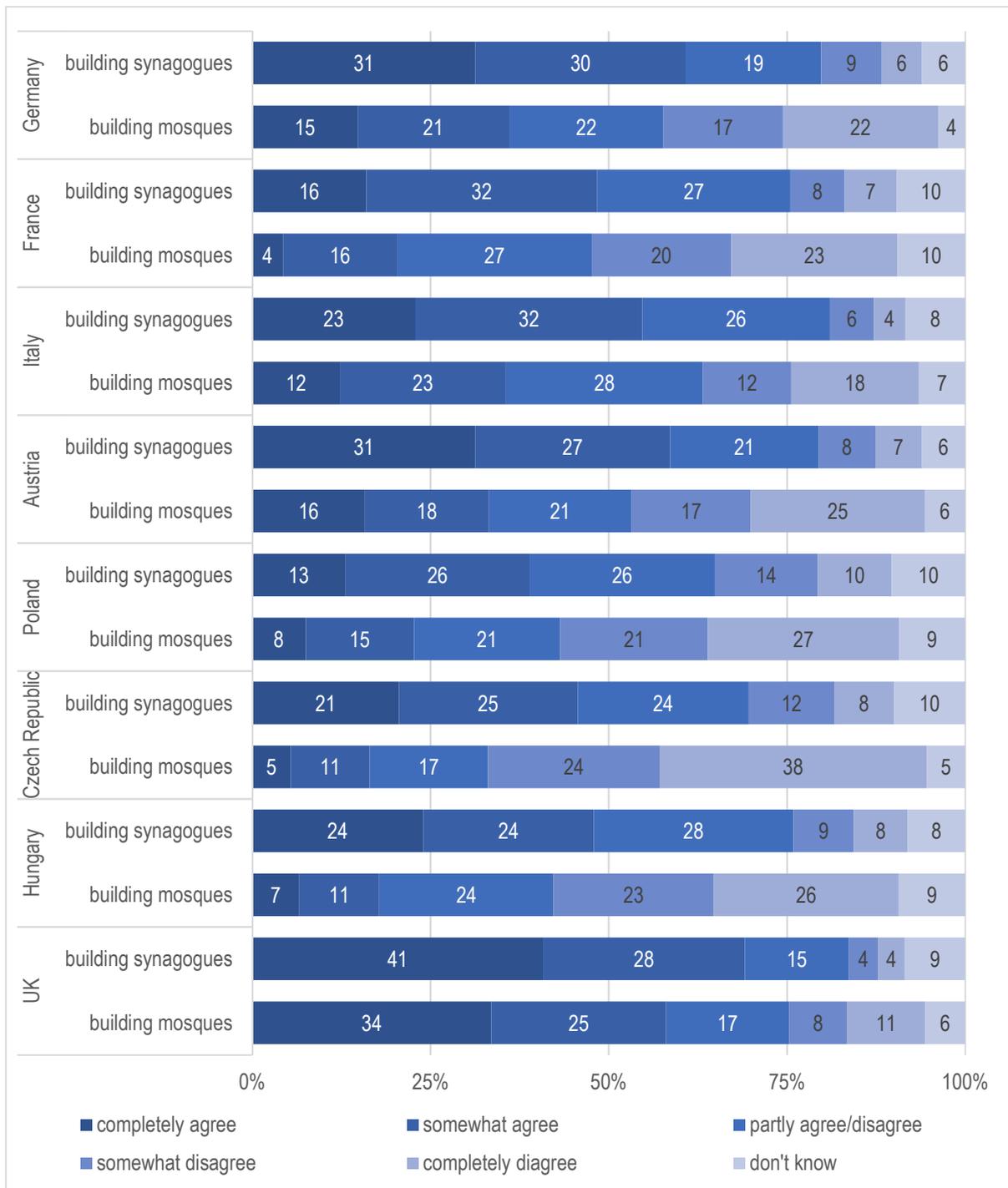
In allen Ländern gibt es einen großen Unterschied in Bezug auf die Unterstützung des Rechts auf den Bau von Synagogen im Vergleich zum Recht auf den Bau von Moscheen, und die Befragten stimmten deutlich häufiger dem Recht auf den Bau von Synagogen zu.

Die größte Übereinstimmung mit der Aussage, dass Juden das Recht haben sollten, Synagogen in dem jeweiligen Land zu bauen, findet sich im Vereinigten Königreich (69%), gefolgt von Deutschland (61%) und Österreich (58%); Polen weist im Ländervergleich für 2022 die geringste Zustimmung auf (39%).

Wenn es um die Aussage geht, dass Muslime das Recht haben sollten, Moscheen im jeweiligen Land zu bauen, ist die Zustimmung mit 59% bei weitem am höchsten im Vereinigten Königreich, gefolgt von Deutschland (36%) und Italien (35%). Die Zustimmung ist in Ungarn mit nur 18% am niedrigsten.

Große Unterschiede sind in der Tschechischen Republik und Ungarn (jeweils 30% Unterschied), Frankreich (26%), Deutschland (25%), Österreich (24%) und Italien (20%) zu sehen; der geringste Unterschied ist im Vereinigtem Königreich mit 10% zu finden.

Abbildung 3-14:
Zustimmung mit Recht auf den Bau von Synagogen vs Moscheen, 2022



Ein Vergleich der beiden Aussagen zum Beitrag von Juden oder Muslimen zum kulturellen Leben im jeweiligen Land zeigt auch, dass die Akzeptanz des Beitrags von Juden in allen Ländern deutlich höher ist als die von Muslimen.

Insbesondere im Vereinigten Königreich, Österreich und Deutschland stimmt eine Mehrheit der Befragten zu, dass Juden viel zum kulturellen Leben im Land beigetragen haben: 55%, 54%

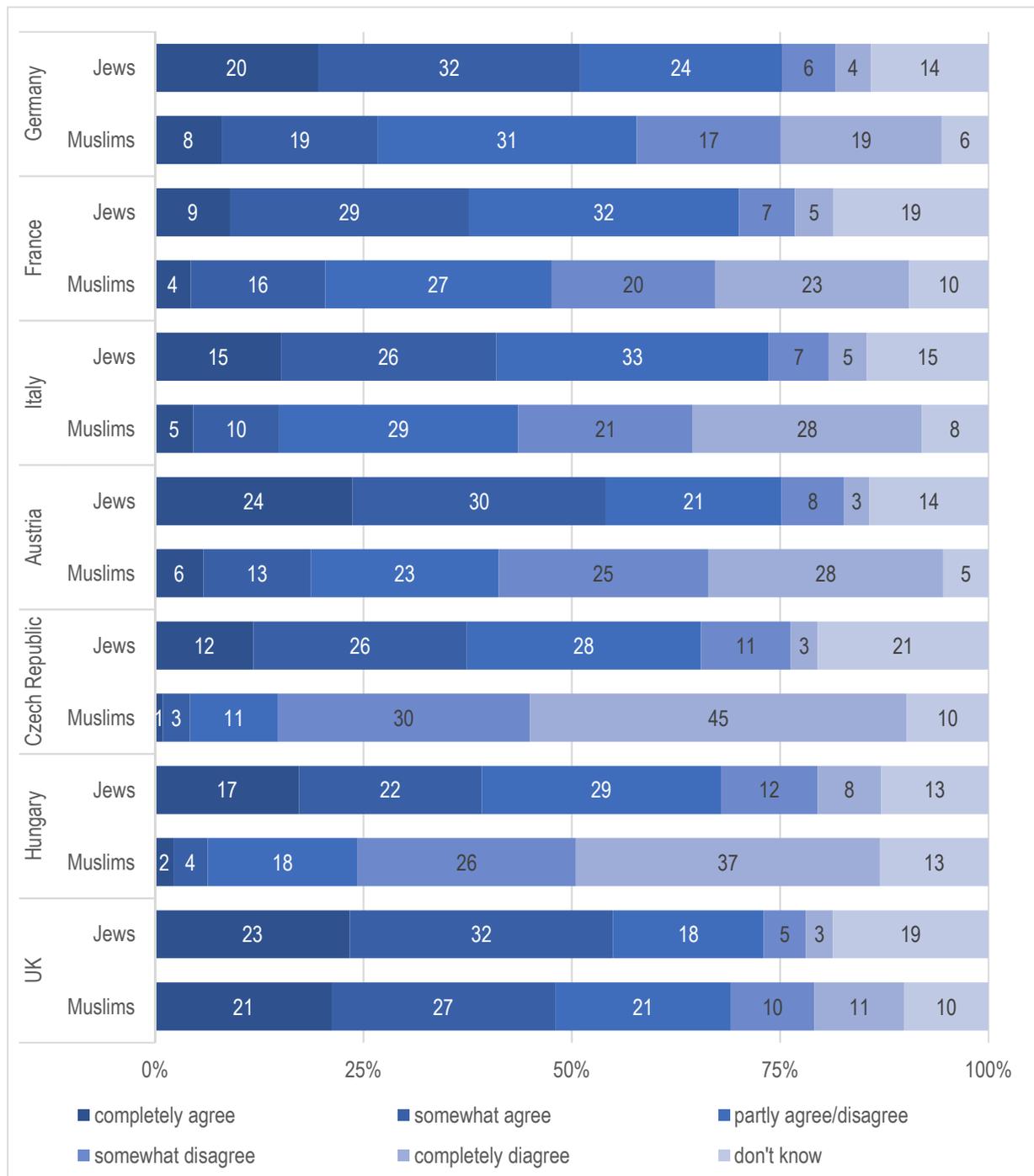
bzw. 52%. Die niedrigste Zustimmung findet sich in Frankreich und der Tschechischen Republik mit jeweils 38%.

Der Aussage, dass Muslime viel zum kulturellen Leben im jeweiligen Land beitragen, stimmten vor allem die Befragten im Vereinigten Königreich (48%) zu; besonders gering ist die Zustimmung in Tschechien (4%) und Ungarn (6%).

Große Unterschiede zeigen sich in Österreich (35%), Tschechien (34%), Ungarn (33%), Italien (26%), Deutschland (25%) und Frankreich (18%) beim Vergleich der beiden Aussagen; die geringste Differenz zeigt sich wiederum im Vereinigten Königreich mit 7%.

Abbildung 3-15:

Zustimmung: Juden vs. Muslime haben viel zum kulturellen Leben im Land beigetragen, 2022



Zusammenfassend lässt sich sagen, dass, wenn wir die Entwicklung im Laufe der Jahre betrachten, in den meisten der beobachteten Länder ein Rückgang antisemitischer Einstellungen zu beobachten ist. Besonders hervorzuheben sind Österreich, Tschechien und Ungarn. Das Vereinigte Königreich hat mit einem Mittelwert von 2,11 die niedrigste Zustimmung. Am anderen Ende des Spektrums liegt Polen mit einem Mittelwert von 2,7. In

Italien stagnierte der Wert bei rund 2,5 und in Deutschland ist er leicht von 2,21 auf 2,25 gestiegen. Eine ähnliche Dynamik zeigt sich auch für den Islamophobie-Index. Hier zeigen jedoch die Werte über alle Länder hinweg ein deutlich höheres Maß an Zustimmung. In Deutschland zum Beispiel ist die Zustimmung zu islamfeindlichen Äußerungen leicht gestiegen, in Frankreich ist sie stark gestiegen. In Polen, Tschechien und Ungarn hingegen ist das Zustimmungsniveau stark gesunken. Im Vereinigten Königreich liegt der Wert wie im Fall des Antisemitismus mit 2,42 weit unter dem der anderen Länder. Die höchste Zustimmung findet man in der Tschechischen Republik, wo mit durchschnittlich 3,57 islamophoben Aussagen eher bis sehr zugestimmt wird (siehe Tabelle 3-3).

Tabelle 3-3:
Vergleich gruppenbezogene Misanthropie

		Anti-Semitism Index	Islamophobia Index
Germany	2019	2.21(.82)	2.94(1.15)
	2022	2.25(.86)	2.95(1.17)
France	2019	2.51(.75)	3.01(1.14)
	2022	2.49(.76)	3.14(.69)
Italy	2019	2.53(.85)	3.00(1.07)
	2022	2.53(.87)	2.95(1.07)
Austria	2019	2.52(.83)	3.14(1.03)
	2022	2.31(.86)	3.12(1.17)
Poland	2019	2.79(.86)	3.41(1.12)
	2022	2.7(.89)	3.05(.66)
Czech Rep.	2019	2.63(.74)	3.8(.97)
	2022	2.54(.76)	3.57(.99)
Hungary	2019	2.69(.72)	3.59(.99)
	2022	2.55(.71)	3.1(.69)
UK	2022	2.11(.84)	2.42(1.18)

Note. Mean values (SD); weighted data. All 5-point scales, 1=completely disagree, 5=completely agree: **Anti-Semitism Index:** (1) "Jews in [COUNTRY] have too much influence on public opinion", (2) "Jews have contributed a lot to cultural life in [COUNTRY]", (3) "Jews in [COUNTRY] should have the right to

build synagogues”, (4) “Today, hatred against Jews is essentially only found among immigrants”, (5) “Prejudices against Jews are an obvious part of public discourse in Hungary” (*this item was only used in Hungary*); **Islamophobia Index:** (1) “Muslims should be prohibited from immigration to [COUNTRY]”, (2) “All those Muslims in [COUNTRY] sometimes make me feel as if I were a stranger in my own country”, (3) “Muslims in [COUNTRY] should have the right to build mosques”, (4) “Muslims contribute a lot to cultural life in [COUNTRY]”, (5) “Christian [COUNTRY] culture and Islam are not compatible with each other” (*this item was only used in Hungary and Poland*).

3.5 Aktuelle Entwicklungen: Russlands Krieg gegen die Ukraine

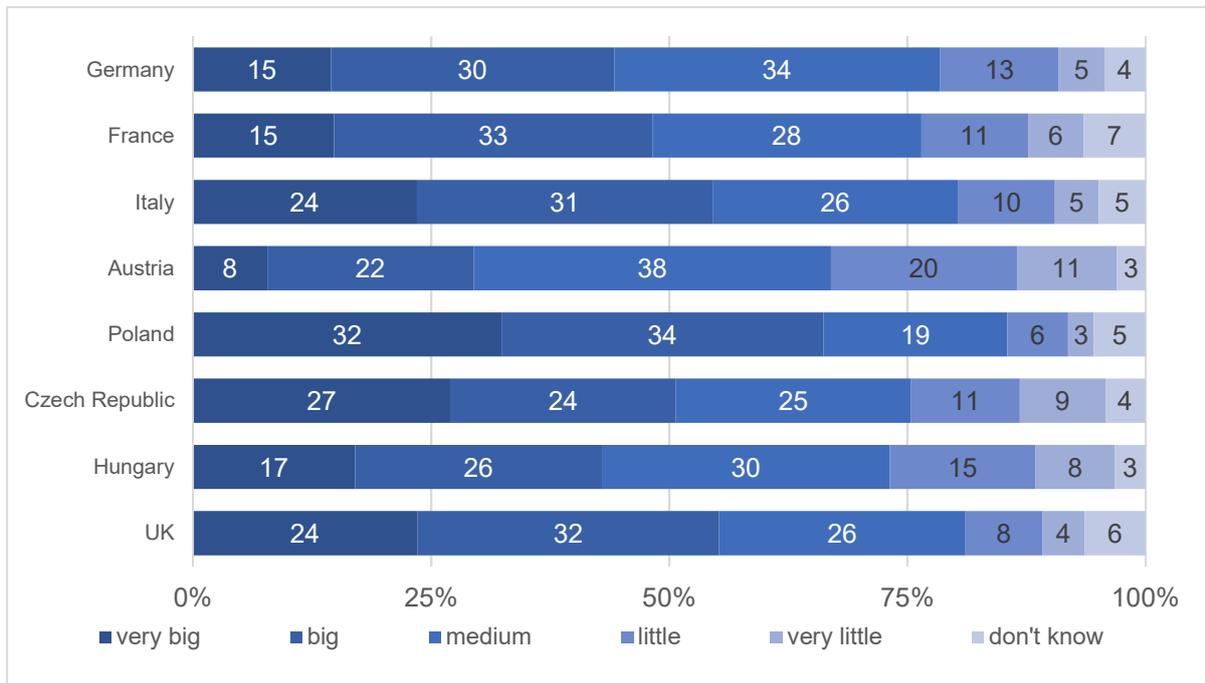
Am 24. Februar 2022 begann Russland nach wochenlangen Truppeneinsätzen entlang der Grenze seinen Krieg gegen die Ukraine. Während in der Vergangenheit – zum Beispiel nach der Annexion der Krim – die Reaktionen eher einem polyphonen Chor glichen und Russland nicht mit koordinierten und nachhaltigen Sanktionen rechnen musste, war die Reaktion der europäischen Länder und der Vereinigten Staaten schnell und im Einklang: Es wurden gemeinsame Sanktionen gegen Russland verhängt und der Ukraine militärische Unterstützung gewährt. Diese einstimmige Unterstützung wurde zu Beginn der Invasion der Ukraine hergestellt, aber in der Zwischenzeit haben einige Länder, wie Ungarn, ihre starken Verbindungen zu Russland beibehalten, und andere, wie Österreich, importieren immer noch große Mengen an Gas aus Russland. Außerdem begannen in vielen Ländern Diskussionen darüber, wie weit die Unterstützung für die Ukraine gehen sollte; zum Beispiel in Deutschland, das zusammen mit den USA und dem Vereinigten Königreich massive militärische Unterstützung und Material bereitstellt, gibt es Stimmen, die die Unterstützung für die Ukraine in Frage stellen oder sich dafür einsetzen, dass sie aufhört. Auch in anderen Ländern möchten Menschen und Parteien (meist rechts oder populistisch rechts und je nach Land auch links oder populistisch links), je länger der Krieg andauert, die Unterstützung für die Ukraine ganz einstellen – mit Ausnahme des Vereinigten Königreichs, wo die Unterstützung über Parteigrenzen hinweg insgesamt noch stark ist. Im Winter 2022/23 mussten sich viele europäische Länder aufgrund der reduzierten Gas- und Ölexporte aus Russland mit höheren Energiekosten auseinandersetzen und teureres Gas aus anderen Ländern kaufen; in vielen Ländern mussten sich Personen daher mit steigenden Lebenshaltungskosten und Inflation auseinandersetzen.

Aufgrund dieser Entwicklungen wurden in die Umfrage von 2022 Punkte aufgenommen, die die Befragten zu verschiedenen Aspekten des Krieges in der Ukraine befragen, zum Beispiel in Bezug auf die nationale Wirtschaft und Sicherheit, aber auch in Bezug auf Sanktionen gegen Russland oder die Aufnahme ukrainischer Flüchtlinge. Die Punkte wurden vom ACPP – dem Austrian Corona Panel Project – entwickelt und innerhalb mehrerer Wellen des Corona Panels in Österreich eingesetzt. Die ersten beiden, die sich mit der Bedrohung für Sicherheit und Wirtschaft befassten, wurden auf einer 5-Punkte-Skala von sehr groß bis sehr klein gemessen. Auf die Frage, wie groß sie die Gefahr einschätzen, die die russische Invasion der Ukraine für die Sicherheit des jeweiligen Landes darstellt, zeigen die Befragten in Polen die höchsten Bedenken (66% halten die Gefahr für sehr groß oder groß); auch im Vereinigten Königreich (56%), Italien (55%) und der Tschechischen Republik (51%) hält die Mehrheit der Befragten die Gefahr, die die russische Invasion der Ukraine für die Sicherheit des jeweiligen Landes darstellt, für sehr groß oder groß. Den geringsten Grad der Sorge gibt es in Ungarn (43%) und Österreich (30%), letzteres ist das einzige neutrale und daher nicht der NATO angehörende Land in diesem Ländervergleich (siehe auch Tabelle 3-4).

Frauen empfinden die Sicherheitsbedrohungen durch den russischen Angriffskrieg in allen Ländern außer im Vereinigten Königreich als größer als Männer. In Deutschland zeigt sich auch, dass die Sorge um die Sicherheit im Land umso größer ist, je geringer die subjektive Klassenzugehörigkeit ist.

Abbildung 3-16:

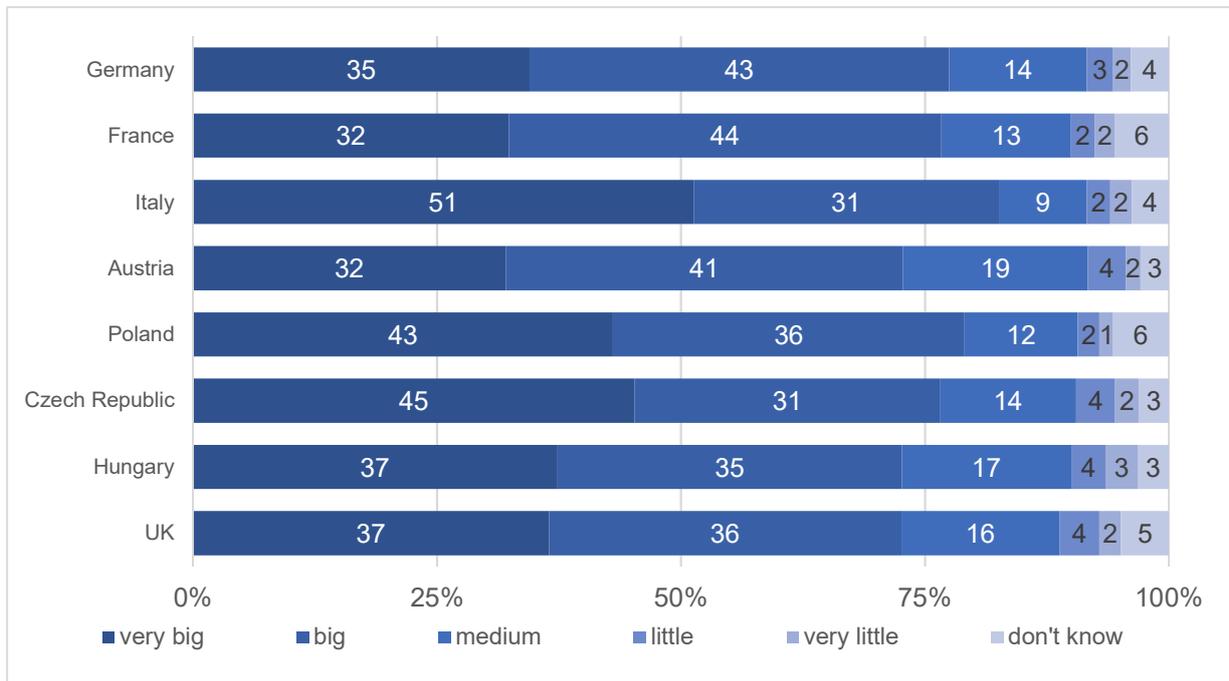
Antwort auf „Wie groß schätzen Sie die Gefahr ein, die der Einmarsch Russlands in der Ukraine für die Sicherheit in [LAND] darstellt?“



Auf die Frage, wie groß sie die Gefahr einschätzen, die der russische Einmarsch in die Ukraine für die Wirtschaft im jeweiligen Land darstellt, sehen die Befragten in allen Ländern eine sehr große oder große Gefahr: Insbesondere in Italien sehen die Befragten viele Gefahren (82%), aber auch in Polen (79%), Deutschland (78%) und der Tschechischen Republik (76%). Mit 73% sehr hohen bzw. hohen Risiken liegen Österreich und das Vereinigte Königreich sowie Ungarn mit 72% am unteren Ende dieses Ländervergleichs, weisen aber immer noch hohe Zahlen auf. Männer und Frauen halten die Bedrohung für die Wirtschaft in fast allen untersuchten Ländern für etwa gleich. Mit zunehmender formaler Bildung wachsen die Bedenken.

Abbildung 3-17:

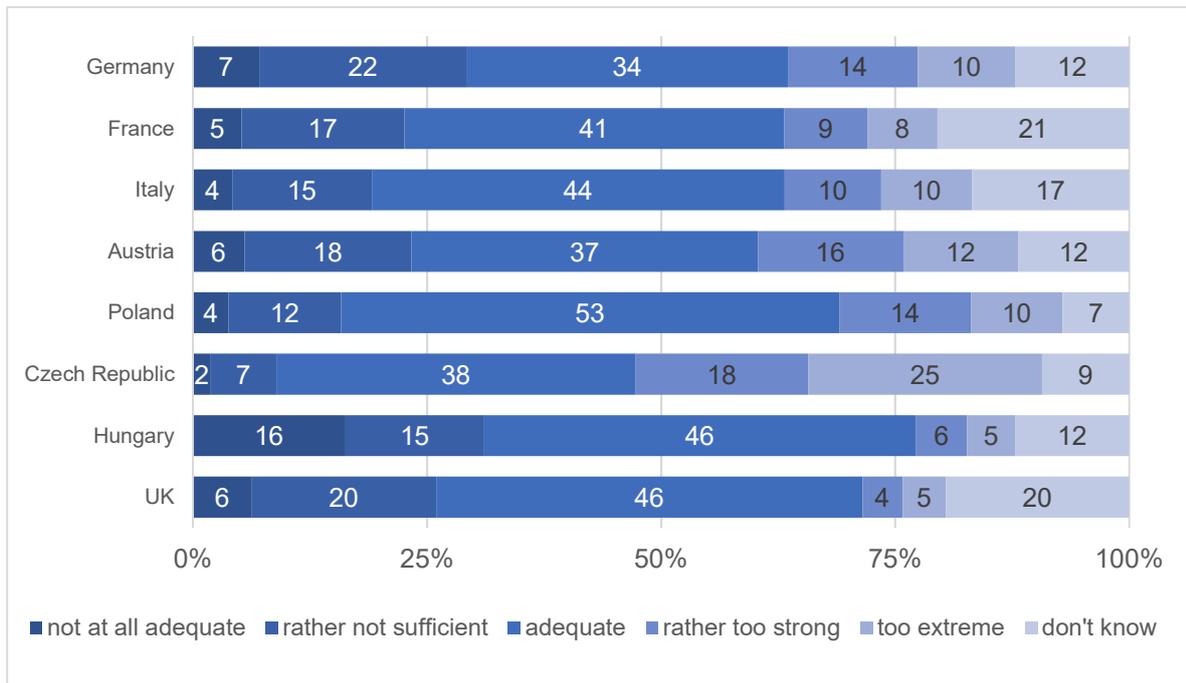
Antwort auf „Wie groß schätzen Sie die Gefahr ein, die der Einmarsch Russlands in der Ukraine für die Wirtschaft in [LAND] darstellt?“



Nationale Regierungen mussten auf Russlands Krieg in der Ukraine reagieren. Daher wurden die Befragten gefragt, für wie angemessen sie die Reaktion der Regierung ihres Landes hielten. Gemessen auf einer 5-Punkte-Skala von „gar nicht passend“ bis „zu extrem“ gibt es erhebliche Wahrnehmungsunterschiede. Die Menschen in Ungarn halten die Reaktion der nationalen Regierung auf die russische Invasion in der Ukraine im Vergleich zu den anderen Ländern für nicht ausreichend oder eher nicht ausreichend (31%) – innerhalb dieser 31% fallen auch die 16% auf, die die Reaktion als überhaupt nicht ausreichend bewerten; dies ist mehr als doppelt so hoch wie in Deutschland, das an zweiter Stelle steht (7% überhaupt nicht ausreichend und 22% eher nicht ausreichend). Demgegenüber halten 43% der Befragten in der Tschechischen Republik die Reaktion der eigenen Regierung für eher zu stark oder zu extrem, während nur 9% die Gegenmeinung vertreten und die Reaktion gar nicht oder nicht ausreichend finden. In Ungarn halten Akademiker*innen (40%) die Reaktion der ungarischen Regierung im Vergleich zu Befragten mit Pflichtschulabschluss (22%) häufiger für nicht ausreichend oder eher nicht ausreichend; außerdem halten Personen, die bequem von ihrem Einkommen leben, die Reaktion häufiger für nicht ausreichend (34%) als Befragte, für die es sehr schwierig ist, mit ihrem aktuellen Einkommen auszukommen (25%).

Abbildung 3-18:

Antwort auf „Halten Sie die Reaktion der Bundesregierung von [LAND] auf den Einmarsch Russlands in der Ukraine für nicht ausreichend, angemessen oder zu extrem?“



Die folgenden Ergebnisse zeigen die Zustimmungswerte für drei Aussagen zur Lage des russischen Krieges, die auf einer 5-Punkte-Skala von völlig übereinstimmen bis völlig widersprechen gemessen wurden.

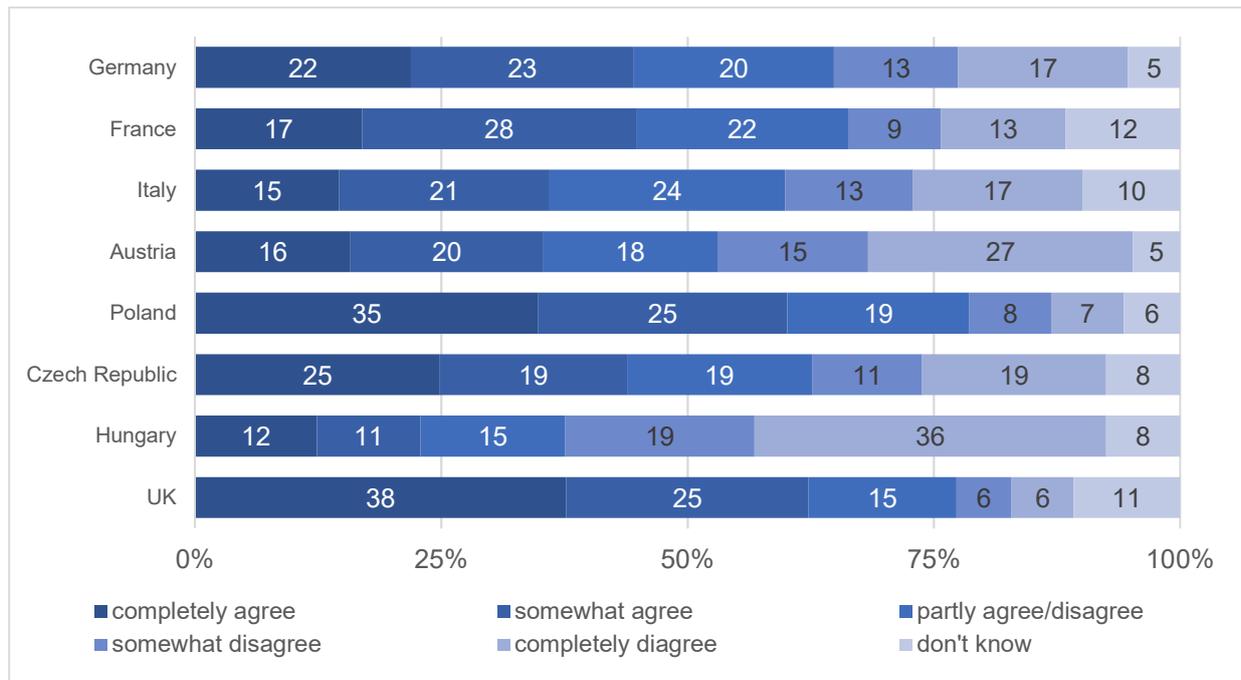
Im Ländervergleich stimmten die Befragten aus dem Vereinigten Königreich am meisten zu, dass sich ihr Land an Wirtschaftssanktionen gegen Russland beteiligen sollte, auch wenn es für den Einzelnen teuer sein wird (63%), gefolgt von Polen mit 60%; die Zustimmung ist bei den Befragten in Italien und Österreich (jeweils 36%) und Ungarn (23%) vergleichsweise gering. In Ungarn stimmen ältere Personen dieser Aussage häufiger zu als jüngere (60+: 34%; 18–29 Jahre: 23%); Befragte mit akademischem Abschluss stimmen häufiger zu (33%) als Personen mit Pflichtschulabschluss (11%). Auch Menschen, die bequem von ihrem Einkommen leben können, stimmen häufiger zu (31%) als diejenigen, für die es sehr schwierig ist, mit ihrem aktuellen Einkommen auszukommen (20%).

In allen Ländern ist die Zustimmungsrate für Sanktionen bei männlichen Befragten deutlich höher als bei Frauen. In Österreich zum Beispiel steigt die Zustimmungsrate für Sanktionen gegen Russland mit dem Alter und der höheren formalen Bildung. In Deutschland, Italien und

Österreich zeigt sich auch, dass Menschen mit einer verbesserten wirtschaftlichen Situation und einer höheren sozialen Schicht auch eine höhere Unterstützung zeigen.

Abbildung 3-19:

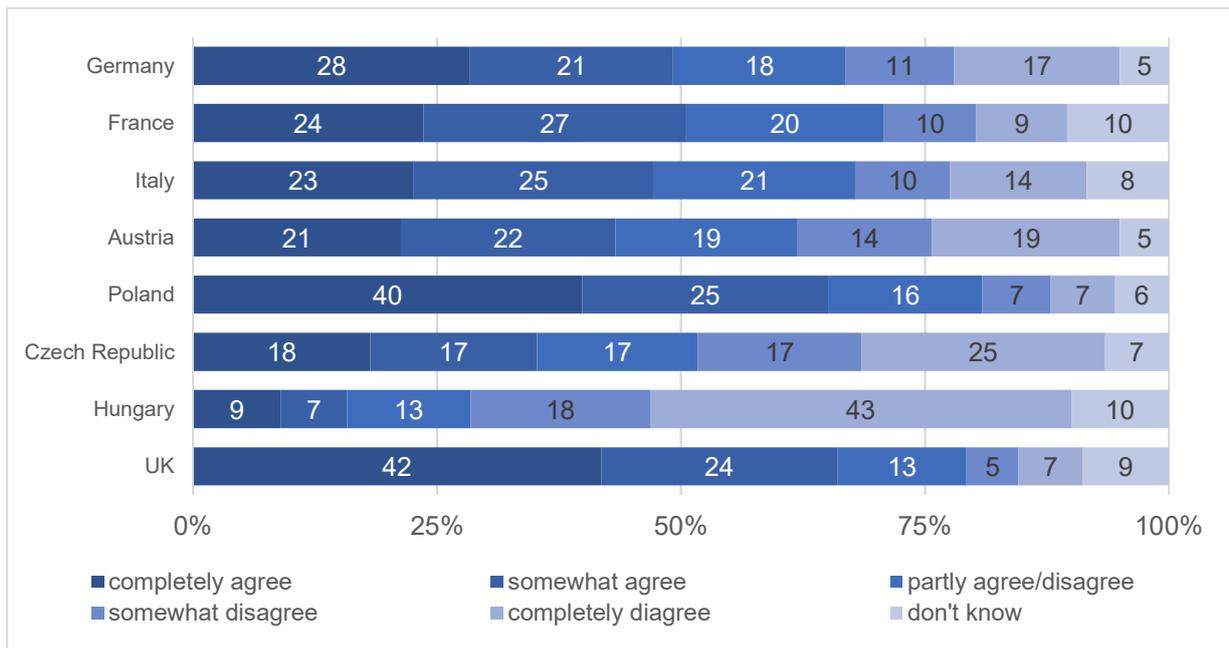
Zustimmung mit „[LAND sollte sich an den Wirtschaftssanktionen gegen Russland beteiligen, auch wenn es für den Einzelnen teuer wird.“



Wenn es um die Aussage geht, dass das jeweilige Land Gas- und Ölimporte aus Russland stoppen sollte, gibt es große Unterschiede zwischen den Ländern: Die Befragten im Vereinigten Königreich und Polen stimmen mit überwältigender Mehrheit (66% bzw. 65%) zu, und nur 13% bzw. 14% stimmen nicht zu; in Ungarn stimmen dagegen nur 16% zu und 61% nicht zu. In Polen sind sich ältere Menschen häufiger einig, dass der Import von Gas und Öl gestoppt werden sollte (60+: 78%) als jüngere Menschen (18–29 Jahre: 55%); Akademiker*innen stimmen dem häufiger zu als Personen mit einem Pflichtschulabschluss (70% vs 60%). Personen, die bequem von ihrem aktuellen Einkommen leben (74%), stimmen auch häufiger zu als diejenigen, für die es sehr schwierig ist, mit ihrem aktuellen Einkommen auszukommen (53%).

In fast allen untersuchten Ländern zeigt sich, dass je höher das formale Bildungsniveau und die subjektive Klassenzugehörigkeit ist, desto größer ist die Unterstützung, die Importe von Gas und Öl aus Russland zu stoppen.

Abbildung 3-20:
Zustimmung mit „[LAND] sollte Gas- und Ölimporte aus Russland stoppen.“



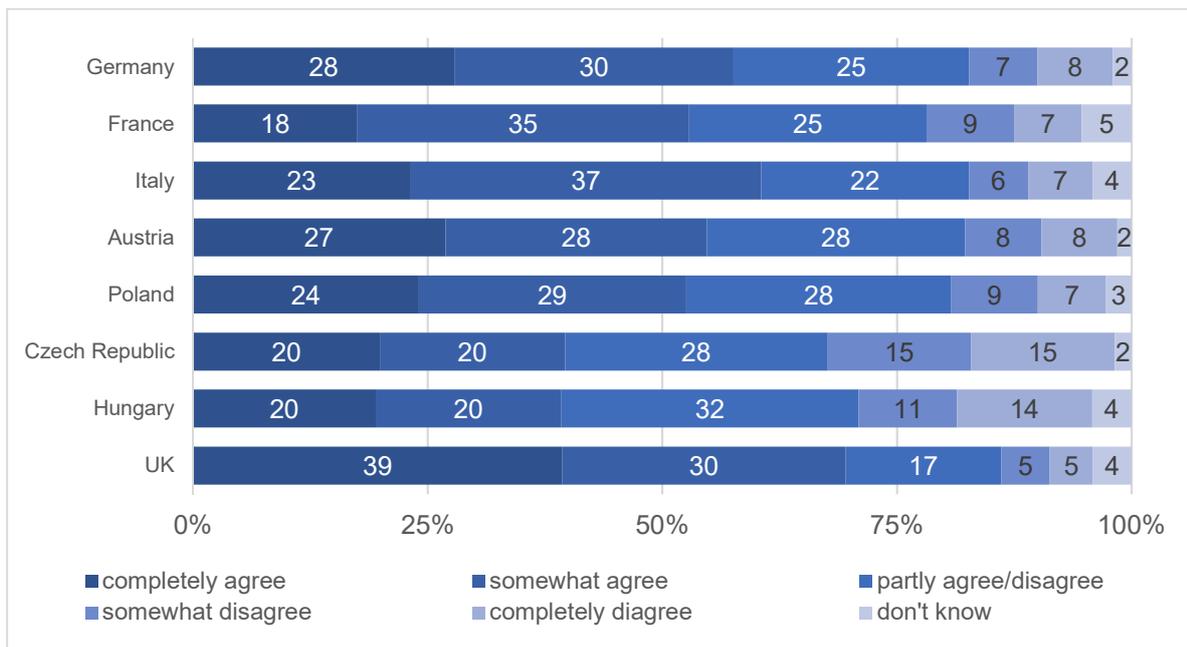
Wenn es darum geht, welches Land bisher die meisten Flüchtlinge aufgenommen hat, hat die Tschechische Republik die höchsten Zahlen pro tausend Einwohner*innen: Insgesamt betrug die Zahl der Personen, die vorübergehenden Schutz aus der Ukraine erhielten, im Verhältnis zur EU-Bevölkerung Ende Juli 2023 9,2 pro tausend Einwohner*innen. Die Tschechische Republik (33,0) und Polen (26,4) hatten die höchsten Pro-Kopf-Quoten; in absoluten Zahlen nahm Deutschland 1,15 Millionen ukrainische Flüchtlinge auf, Polen 971.000 und die Tschechische Republik 357.000.¹⁴

Auf die Frage, ob ihr jeweiliges Land ukrainische Flüchtlinge aufnehmen sollte, zeigten die Befragten insgesamt Unterstützung, insbesondere in westeuropäischen Ländern: Vereinigtes Königreich 69%, Italien 60% und Deutschland 58%. In Polen stimmen 53% zu, verglichen mit 40% in der Tschechischen Republik und Ungarn. In der Tschechischen Republik stimmen Personen mit akademischem Abschluss dieser Aussage häufiger zu (50%) als Befragte mit Pflichtschulabschluss (20%). Personen, die bequem von ihrem Einkommen leben können, stimmen auch viel häufiger zu (63%) als Befragte, für die es sehr schwierig ist, mit ihrem aktuellen Einkommen auszukommen (17%).

¹⁴ https://ec.europa.eu/eurostat/statistics-explained/index.php?title=Temporary_protection_for_persons_fleeing_Ukraine_-_monthly_statistics (2023-09-15).

In allen Ländern ist die Zustimmungsrates bei Männern höher als bei Frauen, und je höher das formale Bildungsniveau ist, desto mehr Unterstützung gibt es für die Aufnahme von Flüchtlingen. In Ungarn, Polen, Tschechien, Deutschland, Italien und Frankreich steigt mit steigendem Einkommen und einer verbesserten wirtschaftlichen Situation auch die Zustimmungsrates für die Aufnahme von Flüchtlingen.

Abbildung 3-21:
Zustimmung mit „[LAND] sollte ukrainische Flüchtlinge aufnehmen.“



Wenn wir schließlich die Verteilung der Mittelwerte untersuchen, wird deutlich, dass die Einstellungen innerhalb der untersuchten europäischen Länder sehr unterschiedlich sind. Zum Beispiel sehen die NATO-Mitgliedsländer eine deutlich höhere Sicherheitsbedrohung als Österreich, das einzige Nicht-NATO-Land in der Umfrage. Länder mit stärkerer wirtschaftlicher und politischer Abhängigkeit wie Deutschland, Österreich und Ungarn schätzen die Situation unter dem Gesamtdurchschnitt der Länder ein. Darüber hinaus sehen Frauen in allen Ländern größere Gefahren für die Sicherheit als Männer. Die wirtschaftliche Bedrohung hingegen wird sowohl von Männern als auch von Frauen als sehr hoch eingeschätzt und hat die höchsten Bewertungen. Interessant ist auch, dass die Zustimmung im Vereinigten Königreich und Polen am höchsten ist. In allen Ländern nimmt die Unterstützung für Sanktionen jedoch mit dem Alter und dem Bildungsgrad zu. In Österreich steigt die Zustimmung mit einer verbesserten

wirtschaftlichen Situation und einer steigenden sozialen Klasse. Die Zustimmung zur Aufnahme von Flüchtlingen aus der Ukraine ist in den westeuropäischen Ländern überdurchschnittlich, während die drei ehemals sozialistischen Länder deutlich niedrigere Zustimmungswerte aufweisen. Je höher der Bildungsstand, desto höher die Zustimmung zur Aufnahme von Flüchtlingen.

Zusammenfassend sind Bildung, eine gute wirtschaftliche Situation und die damit korrelierende subjektive Klassenzugehörigkeit die stärksten soziodemografischen Prädiktoren für die Zustimmung zu kritischen Äußerungen zu Russland im Hinblick auf den anhaltenden Krieg in der Ukraine.

Tabelle 3-4:

Vergleich der Einstellungen gegenüber des russischen Krieges in der Ukraine

	Secure Danger¹	Econ. Danger²	Gov. resp.³	Econ. Sanct.⁵	Russ. Media⁶	Ukr. Ref⁷	Stop of Gas/Oil⁸
Germany	3.38 (1.05)	4.1 (.88)	2.98 (1.1)	3.2 (1.41)	3.27 (1.39)	3.64 (1.2)	3.34 (1.46)
France	3.43 (1.09)	4.08 (.88)	2.95 (.98)	3.3 (1.29)	3.56 (1.26)	3.49 (1.13)	3.51 (1.27)
Italy	3.62 (1.1)	4.32 (.91)	3.08 (.98)	3.04 (1.34)	3.23 (1.29)	3.66 (1.13)	3.35 (1.36)
Austria	2.97 (1.09)	4.01 (.91)	3.13 (1.08)	2.81 (1.46)	2.99 (1.43)	3.58 (1.2)	3.13 (1.44)
Poland	3.92 (1.03)	4.24 (.87)	3.15 (.92)	3.76 (1.25)	4.22 (1.07)	3.54 (1.18)	3.9 (1.23)
Czech Rep.	3.5 (1.27)	4.17 (.98)	3.64 (1.03)	3.22 (1.47)	3.5 (1.42)	3.14 (1.33)	2.86 (1.48)

Hungary	3.29 (1.18)	4.03 (1.01)	2.64 (1.04)	2.4 (1.43)	2.69 (1.44)	3.2 (1.3)	2.11 (1.34)
UK	3.66 (1.09)	4.06 (.96)	2.77 (.89)	3.92 (1.2)	3.88 (1.24)	3.99 (1.11)	3.98 (1.22)
n	3.52 (1.13)	4.14 (.92)	3.03 (1.02)	3.3 (1.41)	3.51 (1.37)	3.58 (1.2)	3.41 (1.43)

Note. Mean values (SD); weighted data. All measured on 5-point scales: “How great do you consider the danger posed by Russia's invasion of Ukraine? **For security**¹; **For the economy**²”; 1=very small, 5=very large; **Government response**³ “Do you consider [COUNTRY's] federal government's response to Russia's invasion of Ukraine to be insufficient, appropriate, or too extreme?”; 1=not at all adequate, 5=too extreme; “Please indicate to what extent you agree or disagree with the following statements!.”; 1=completely disagree, 5=completely agree; **NATO**⁴ “[COUNTRY] should stay/should participate in NATO”, mean of the NATO countries (excl. Austria); **Economic sanctions**⁵ “[COUNTRY] should participate in economic sanctions against Russia, even if it will be expensive for individuals.” **Russian media**⁶ “[COUNTRY] should restrict Russian media.”; **Ukrainian refugees**⁷ “[COUNTRY] should accept Ukrainian refugees.”; **Stop of gas/oil**⁸ “[COUNTRY] should stop gas and oil imports from Russia.

Fazit

Seit der ersten Befragung im Herbst 2019 sind verschiedene Krisen über die Menschen in den untersuchten Ländern hereingebrochen: Ab 2020 haben die Corona-Pandemie und ihre Auswirkungen die Lebensrealitäten vieler Menschen grundlegend verändert. Russlands Krieg in der Ukraine, der im Februar 2022 begann, führte – neben den schrecklichen Auswirkungen von Krieg und Zerstörung – zu steigenden Energiepreisen, Lebenshaltungskosten und Inflation sowie allgemein düsteren wirtschaftlichen Aussichten und einem wachsenden Gefühl der Unsicherheit. Gerade in wirtschaftlicher Hinsicht zeigt sich, dass viele Menschen ihre eigene wirtschaftliche Situation in den letzten 12 Monaten verschlechtert sehen. Vor diesem Hintergrund ergeben sich einige Änderungen an der Umfrage 2019, aber auch einige Konstanten – die Hauptergebnisse wurden in diesem Kapitel vorgestellt.

Dieses einleitende Kapitel dokumentiert auf der Grundlage einer deskriptiven Analyse den Anteil derjenigen, die bei den Umfragen von 2019 und 2022 verschiedenen Aussagen zustimmen oder nicht zustimmen.

- Das politische Interesse hat in einigen Ländern abgenommen und in anderen im Laufe der Jahre zugenommen, wobei letztere Länder in Mittel- und Osteuropa wie Österreich, Polen, Tschechien und Ungarn umfassen.
- Die Wirksamkeit ist im Durchschnitt in allen Ländern außer Ungarn zurückgegangen.
- Die Übereinstimmung mit der Aussage, dass eine Person keinen Einfluss auf die Regierung hat, hat in allen Ländern mit Ausnahme von Ungarn und der Tschechischen Republik leicht zugenommen. So stimmen in drei von acht Ländern (Vereinigtes Königreich, Tschechien und Italien) mehr als 50% der Befragten der Aussage voll oder teilweise zu.
- Der Aussage, dass Demokratie die beste Regierungsform ist, auch wenn sie Probleme mit sich bringt, wird in allen beobachteten Ländern zugestimmt. Regionale Unterschiede sind zu beobachten; die drei postsozialistischen Länder und das Vereinigte Königreich haben niedrigere Zustimmungswerte als die anderen Länder. Im Laufe der Zeit sind die Zustimmungswerte leicht gestiegen.
- Hinsichtlich der Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie im eigenen Land und in der EU gibt es unterschiedliche Dynamiken (siehe auch Wilke et al., 2022). Höhere Zufriedenheit mit der Demokratie im eigenen Land finden sich in Deutschland, Frankreich, Österreich und Tschechien, obwohl dies nur in wenigen Ländern von mehr als der Hälfte der Befragten als zufriedenstellend empfunden wird.
- Die Ergebnisse der vorliegenden Umfrage zum Autoritarismus bestätigen neuere Studien, wie die alle zwei Jahre durchgeführte Leipziger Autoritarismus-Studie der Sozialpsychologen Decker und Brähler (2022). In Deutschland zum Beispiel stellen sie fest, dass die Zufriedenheit mit der Demokratie in den letzten Jahren gestiegen ist, aber auch der Wunsch nach Autorität zugenommen hat. Interessanterweise zeigte eine neue Studie für Deutschland 2022/23 (Zick et al., 2023) eine abnehmende Zufriedenheit mit der Demokratie und eine wachsende autoritäre Tendenz inmitten der deutschen Gesellschaft, die in unseren Umfragen (noch) nicht festgestellt werden konnte; dies sollte im Auge behalten und in Zukunft einer weiteren Analyse unterzogen werden.
- Historisches Bewusstsein: Die Übereinstimmung, dass die Diskussion über den Zweiten Weltkrieg und den Holocaust beendet werden sollte, hat in einigen Ländern (Frankreich, Deutschland, Italien) leicht zugenommen, in anderen (Österreich, Polen)

leicht abgenommen und ist in anderen (Tschechien, Ungarn) in etwa gleich geblieben. Auffällig ist – wie schon 2019 – die hohe Zustimmung in Ungarn mit 59% und die niedrige Zustimmung in Tschechien mit 16%.

- In allen Ländern ist die Zustimmung zu der Aussage, dass das Land von der Öffnung der Grenzen 1989 profitiert hat, im Vergleich zu 2019 zurückgegangen. Besonders gering ist die Zustimmung in Italien (30%) und Frankreich (33%), aber auch in den osteuropäischen Ländern ist sie rückläufig; in Ungarn beispielsweise liegt sie bei nur 41%.
- Antisemitismus vs. Islamophobie: In allen Ländern gibt es einen großen Unterschied in Bezug auf die Unterstützung des Rechts auf den Bau von Synagogen im Vergleich zu dem Recht auf den Bau von Moscheen, und die Befragten stimmen der Aussage über das Recht auf den Bau von Synagogen deutlich häufiger zu als der Aussage über das Recht auf den Bau von Moscheen. Der gleiche Trend zeigte sich bei der Analyse der beiden Aussagen zum Beitrag von Juden und Muslimen zum kulturellen Leben im jeweiligen Land: Es zeigt sich, dass die Anerkennung des Beitrags von Juden in allen Ländern deutlich höher ist als die von Muslimen. Im Vergleich zu 2019 wurde in Frankreich eine steigende Islamophobie festgestellt.
- Auswirkungen und Einstellungen zum Krieg Russlands in der Ukraine: Die Umfrage 2022 umfasste Fragen zum Krieg Russlands in der Ukraine, die nach den Auswirkungen auf die Wirtschaft und Sicherheit, aber auch nach Einstellungen zu verschiedenen Maßnahmen fragten: Die Befragten in den Ländern spüren große Gefahren für die Wirtschaft in ihren Ländern; gleichzeitig besteht eine unterschiedliche Bereitschaft, strenge Maßnahmen gegen Russland zu ergreifen: Die Befragten in Polen und dem Vereinigten Königreich stimmen oft strengen Maßnahmen zu, während die in Ungarn, der Tschechischen Republik und Österreich weniger zustimmen.

Bibliographie

- Adler, P. S., Adly, A., Armanios, D. E., Battilana, J., Bodrožić, Z., Clegg, S., Davis, G. F., Gartenberg, C., Glynn, M. A., Aslan Gümüşay, A., Haveman, H. A., Leonardi, P., Lounsbury, M., McGahan, A. M., Meyer, R., Phillips, N., & Sheppard-Jones, K. (2022). Authoritarianism, Populism, and the Global Retreat of Democracy: A Curated Discussion. *Journal of Management Inquiry*, 32(1), 3–20. <https://doi.org/10.1177/10564926221119395>
- Adorno, T. W., Frenkel-Brunswik, E., Levinson, D., & Sanford, N. (1950). *The Authoritarian Personality*. New York: Norton.
- Aichholzer, J., & Zeglovits, E. (2015). Balancierte Kurzsкала autoritärer Einstellungen (B-RWA-6). Zusammenstellung sozialwissenschaftlicher Items und Skalen [Balanced Short Scale of Authoritarian Attitudes (B-RWA-6). Compilation of social science items and scale]. *Gesis*. <https://doi.org/10.6102/zis239>
- Balch, G. I. (1974). Multiple Indicators in Survey Research: The Concept “Sense of Political Efficacy”. *Political Methodology* 1(2), 1–43. Retrieved from: <https://www.istor.org/stable/pdf/25791375.pdf> (13.09.2023)
- Beierlein, C., Kemper, C. J., Kovaleva, An., & Rammstedt, B. (2012). Ein Messinstrument zur Erfassung politischer Kompetenz- und Einflussüberzeugungen. Political Efficacy Kurzsкала (PEKS) [A measurement instrument for political competence and influence beliefs. Political Efficacy Short Scale]. *GESIS-Working Papers* 2012 | 18. Retrieved from: https://www.gesis.org/fileadmin/kurzskalen/working_papers/PEKS_Workingpaper.pdf (13.09.2023)
- Blanke, H.-J., & Sander, A. (2023). Enforcing the Rule of Law in the EU: The Case of Poland and Hungary. *ZEUS Zeitschrift für Europarechtliche Studien* 26(2), 239–276. <https://doi.org/10.5771/1435-439X-2023-2-239>
- Converse, P. (1972). Change in the American Electorate. In A. Campbell & P. E. Converse (eds.), *The Human Meaning of Social Change* (pp. 263-267). New York: Russell Sage Foundation.
- Dunwoody, P.T., & Funke, F. (2016). The Aggression-Submission-Conventionalism Scale: Testing a New Three Factor Measure of Authoritarianism. *Journal of Social and Political Psychology* 4(2), 571–600. <https://doi.org/10.5964/jspp.v4i2.168>
- Dawid, E., & Zeglovits, E. (2023). *Antisemitismus 2022. Gesamtergebnisse - Langbericht*. Studie im Auftrag des österreichischen Parlaments.
- Decker, O., Kiess, J., Heller, A., Brähler, E. (eds.) (2022). *Autoritäre Dynamiken in unsicheren Zeiten. Neue Herausforderungen – alte Reaktionen? Leipziger Autoritarismus Studie 2022 [Authoritarian Dynamics in Uncertain Times. New challenges - old reactions? Leipzig Authoritarianism Study 2022]*. Gießen: Psychosozial-Verlag.
- EVS (2022). European Value Study 2017: Integrated Dataset (EVS 2017). *GESIS*, Cologne. ZA7500 Datenfile Version 5.0.0, <https://doi.org/10.4232/1.13897>
- Halbwachs, M. (1992). *On collective memory*. Edited, translated, and with an Introduction by Lewis A. Coser. Chicago University Press.

- Heitmeyer, W. (2018). *Die autoritäre Versuchung [The authoritarian temptation]*. Berlin: Suhrkamp.
- Heitmeyer, W., Freiheit, M., & Sitzer, P. (2020). *Rechte Bedrohungsallianzen [Right-wing threat alliances]*. Berlin: Suhrkamp
- Heitmeyer, W., Zick, A., & Kühnel, S. (2011). *Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit (GMF-Survey 2011) [Group-related misanthropy]*. GESIS Datenarchiv, Cologne. ZA5576 Datenfile Version 1.0.0, <https://doi.org/10.4232/1.11807>
- Kittel, B., Kritzinger, S., Boomgaarden, H., Prainsack, B., Eberl, J.-M., Kalleitner, F., Lebernegg, N. S., Partheymüller, J., Plescia, C., Schiestl, D. W., & Schlogl, L. (2020). *Austrian Corona Panel Project (SUF edition)*, AUSSDA. Daten der 34. Befragungswelle Februar 2023. <https://doi.org/10.11587/28KQNS>
- Pratto, F., Çidam, A., Stewart, A. L., Zeineddine, F. B., Aranda, M., Aiello, A., Chrysochoou, X., Cichocka, A., Cohrs, J. C., Durrheim, K., Eicher, V., Foels, R., Górska, P., Lee, I.-C., Licata, L., Liu, J. H., Li, L., Meyer, I., Morselli, D., ... Henkel, K. E. (2013). Social Dominance in Context and in Individuals: Contextual Moderation of Robust Effects of Social Dominance Orientation in 15 Languages and 20 Countries. *Social Psychological and Personality Science*, 4(5), 587–599. <https://doi.org/10.1177/1948550612473663>
- Ptaszyńska, A., Latcheva, R., & Gerbel, C. (2010). Theoretical framework and historical development. In O. Rathkolb & G. Ogris (Eds.), *Authoritarianism, History and Democratic Dispositions in Austria, Poland, Hungary and the Czech Republic* (11–20). Innsbruck: Studien Verlag.
- Rathkolb, O., & Ogris, G. (Eds.) (2010). *Authoritarianism, History and Democratic Dispositions in Austria, Poland, Hungary and the Czech Republic*. Innsbruck: Studien Verlag.
- SORA (2022). *Österreichischer Demokratie Monitor [Austrian Democracy Monitor]*. Retrieved from: <https://www.demokratiemonitor.at/>
- Transparency.org (31.01.2023). CPI 2022 For Western Europe & EU: Undue Influence and Fragmented Anti-Corruption Measures hurt Progress. *Transparency International*. Retrieved from: <https://www.transparency.org/en/news/cpi-2022-western-europe-eu-corruption-undue-influence-hurt-progress> (13.09.2023)
- Wike, R., Silver, L., Fetterolf, Huang, C., Austin, S., Clancy, L., & Gubbala, S. (2022). Satisfaction with democracy and political efficacy. *Pew Research Center*, December 6, 2022, Retrieved from: <https://www.pewresearch.org/global/2022/12/06/satisfaction-with-democracy-and-political-efficacy-in-advanced-economies-2022/> (13.09.2023)
- Zick, A., Küpper, B., & Mokros, N. (Eds.) (2023). *Die distanzierte Mitte. Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2022/23. [The distanced middle. Extreme right-wing and democratically dangerous attitudes in Germany 2022/23]*. Retrieved from:

Appendix I: Fragebogen 2022



Fragebogen
DE_EN.xlsx

Appendix II

Tabelle x-x : *Reliability of constructs 2022*

	Austria	Hungary	Poland	Czech Rep.	Germany	Italy	France	UK
Anomy and disenchantment with democracy								
Efficacy (3)	.716	.588	.744	.662	.739	.654	.678	.778
Democratic understanding (3)	.706	.678	.659	.725	.711	.718	.671	.758
Democracy and parties (6)	.782	.770	.757	.843	.862	.787	.778	.772
Authoritarianism								
Authoritarian aggression (3)	.589	.435	.501	.527	.546	.511	.468	.693
Authoritarian servility (2)	.661	.662	.613	.765	.636	.776	.696	.516
Tradition/convention (2)	.759	.780	.704	.599	.698	.794	.741	.815
New political authoritarianism (6)	.709	.737	.740	.744	.707	.765	.758	.803
Social dominance (4)	.796	.706	.707	.720	.693	.739	.679	.743
Group-related misanthropy								
Anti-Semitism (3) ^c , (4) ^{a, d, e, f, g, h} (5) ^b	.679	.499	.526	.655	.750	.785	.672	.765
Islamophobia (3) ^{b, c} (4) ^{a, d, e, f, g, h}	.882	.782	.805	.814	.900	.846	.135	.892

Note. (Number of items). Reliability measured Cronbach's alpha: <.6=not acceptable, .6 to .7 questionable, **.7 to .8 acceptable, .8 to .9 good, >.9 excellent**. Group-related misanthropy: ^a Austria, ^b Hungary, ^c Poland, ^d Czech Rep., ^e Germany ^f Italy, ^g France, ^h UK.

KURZFASSUNG – WICHTIGSTE ERGEBNISSE AUS DEN UMFRAGEN IN DEUTSCHLAND, FRANKREICH, GROßBRITANNIEN, ITALIEN, ÖSTERREICH, POLEN, TSCHECHIEN UND UNGARN ZUM AUTORITÄREN UND DEMOKRATISCHEN POTENTIAL IN DER GESELLSCHAFT 2019 UND DEZEMBER 2022

Zufriedenheit mit der Demokratie vs. Misstrauen gegenüber Politiker*innen

Bei der Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie in ihrem Land zeigt sich, dass diese in einzelnen Ländern im Jahresvergleich konstant liegt (Deutschland, Frankreich, Ungarn), in Italien zunimmt und in anderen Ländern abnimmt (Österreich, Polen, Tschechien). Vor allem in Österreich zeigt sich mit einem Minus von 16 % ein besonders großer Rückgang hinsichtlich der Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie.

Zudem zeigt sich, dass in manchen Ländern die Zufriedenheit mit der Demokratie im eigenen Land größer ist als mit jener in der EU (z.B. Deutschland, Frankreich, Österreich); in anderen ist hingegen die Zufriedenheit mit der Demokratie in der EU größer als mit jener im eigenen Land, vor allem in Polen und Ungarn.

Gleichzeitig fällt ein großes Misstrauen gegenüber Politiker*innen auf: Der Aussage "Die meisten Politiker*innen sind vertrauenswürdig" stimmen in allen Ländern nur sehr wenige Personen zu, die größte Zustimmung findet sich mit 19 % in Deutschland, die geringste in Tschechien und Ungarn mit jeweils 9 %.

Autoritarismus: Steigende Zustimmung zu einem starken Führer

Bei der Frage nach dem starken Führer, der sich nicht um ein Parlament und Wahlen kümmern muss, zeigt sich, dass die Zustimmung zu dieser Aussage in Deutschland und Österreich am geringsten ist (17 % bzw. 16 %). Dies kann einerseits aus der Geschichte, andererseits mit der Verwendung des Begriffs "Führer" erklärt werden, der im deutschen Sprachgebrauch anders verwendet wird als z.B. "leader" in Italien oder UK. Im Ländervergleich besonders hoch ist die Zustimmung zur Aussage in Italien (46 %) und Frankreich (41 %) - und auffallend ist, dass in allen Ländern (die auch 2019 untersucht wurden) die Zustimmung zum starken Führer steigt.

Antisemitismus und Islamophobie: Deutlich mehr Toleranz gegenüber Jüd*innen als Muslim*innen

Bei der Gegenüberstellung der beiden Aussagen zum Beitrag von Jüd*innen bzw. Muslim*innen für das kulturelle Leben im jeweiligen Land zeigt sich, dass die Zustimmung zum Beitrag der Jüd*innen in allen Ländern deutlich höher ist als jene zum Beitrag der Muslim*innen.

Vor allem in UK, Österreich und Deutschland stimmen die Befragten mehrheitlich zu, dass Jüd*innen viel zum kulturellen Leben im Land beigetragen haben: 55 %, 54 % bzw. 52 %. Die geringste Zustimmung findet sich mit jeweils 38 % in Frankreich und Tschechien.

Der Aussage, dass Muslim*innen viel zum kulturellen Leben im jeweiligen Land beitragen, stimmen vor allem Befragte in UK zu (48 %). Bei dieser Frage gab es im Jahresvergleich nur geringe Veränderungen und die Zustimmung ist insbesondere in Tschechien und Ungarn mit 4 % bzw. 6 % sehr gering.

Zusatz Frankreich:

Im Vergleich zu 2019 haben sich die Einstellungen zu den Muslim*innen in Frankreich verändert: Nur noch 20 % stimmen zu, dass Muslim*innen in Frankreich das Recht haben sollten, Moscheen zu bauen, 27 % sind unentschlossen (teils, teils) und 43 % lehnen dies ab - 2019 stimmten 32 % für das Recht auf Moscheenbau und 35 % dagegen. Im Ländervergleich zeigt sich eine deutlich geringere Zustimmung in Frankreich als in allen anderen westeuropäischen Ländern, bei den osteuropäischen Ländern weist Polen mit 23 % eine höhere Zustimmung auf, nur Befragte in Tschechien und Ungarn stimmen noch seltener zu (16 % bzw. 18 %). 41 % stimmen der Aussage zu, dass Muslim*innen die Zuwanderung nach Frankreich untersagt werden sollte, 19 % sind unentschlossen (teils, teils) und 37 % lehnen dies ab. 2019 gab es vergleichsweise nur 25 % Zustimmung und 44 % Ablehnung zu dieser Aussage. Bei dieser Aussage weist Frankreich unter den westeuropäischen Ländern im Vergleich wiederum die mit Abstand höchsten Zustimmungswerte auf, und auch unter den osteuropäischen Ländern weist nur Tschechien mit 44 % eine höhere Zustimmung auf, in Polen und Ungarn stimmen Befragte im Vergleich weniger oft zu als in Frankreich (30 % bzw. 32 %).

Weitere Punkte:

Öffnung 1989

In allen Ländern sinkt die Zustimmung zur Aussage, dass das jeweilige Land von der Öffnung der Grenzen 1989 profitierte im Vergleich zu 2019. Besonders gering ist die Zustimmung in Italien (30 %) und Frankreich (33 %), aber auch in den osteuropäischen Ländern sinkt die Zustimmung und liegt z.B. in Tschechien nur noch bei 48 % (2019 noch bei 58 %).

Vertrauen in öffentliche Institutionen während Corona insbesondere gegenüber der Regierung gering ausgeprägt

In die Erhebung von 2022 wurde eine Frage zum Vertrauen in öffentliche Institutionen während der Coronakrise aufgenommen. Beim Vertrauen in die Regierung weisen Befragte in Österreich und Frankreich sehr geringe Werte auf (21 % bzw. 22 %); in Deutschland ist das Vertrauen mit 37 % am höchsten, gefolgt von Italien mit 33 % - insgesamt sind die Vertrauenswerte für die Regierung (wie auch für das Parlament) allerdings in allen Ländern verglichen mit anderen abgefragten Institutionen sehr gering.

Ukraine

In die Erhebung von 2022 wurden Fragen zum Angriffskrieg Russlands in der Ukraine aufgenommen, die sowohl die Auswirkungen auf Wirtschaft und Sicherheit, aber auch die Einstellungen zu verschiedenen Maßnahmen abfragen.

Vor allem Befragte in UK stimmen zu, dass das ihr Land sich an wirtschaftlichen Sanktionen gegen Russland beteiligen sollte, auch wenn das für den/die Einzelne*n teuer werden wird (63 %), gefolgt von Polen mit 60 %. Vergleichsweise gering ist die Zustimmung unter Befragten in Italien und Österreich (jeweils 36 %) sowie Ungarn (23 %).

Bei der Aussage, dass das jeweilige Land die Gas- und Ölimporte aus Russland stoppen sollte, zeigen sich große Unterschiede zwischen den Ländern: Befragte in Polen stimmen der Aussage zu 65 % zu, nur 14 % lehnen diese ab; in Ungarn stimmen hingegen nur 16 % und 61 % lehnen dies ab.

PRÄSENTATION DER STUDIENERGEBNISSE IN EINER MATINEE IM BURGTHEATER:

Burgtheater

17. März 2024, 11 Uhr

DEMOKRATIE HAT ZUKUNFT

Es lesen: Annamária Láng, Tobias Moretti, Martin Schwab, Marie-Luise Stockinger

Sie hören Texte von: Jean-Baptiste Del Amo (Frankreich), Sabine Gruber (Italien), Michal Hvorecký (Slowakei), Dorota Masłowska (Polen), Terézia Mora (Ungarn), Kathrin Röggla (Deutschland), Antonio Scurati (Italien), Gerhild Steinbuch (Österreich) und Tena Štivičić (Großbritannien).

Es diskutieren:

Misha Glenny, Rektor des Instituts für die Wissenschaften vom Menschen (IWM)

Cathrin Kahlweit Korrespondentin der Süddeutschen Zeitung für Mittel- und Osteuropa

Sylvia Kritzing, Professorin am Institut für Staatswissenschaften der Universität Wien

& Oliver Rathkolb, Institut für Zeitgeschichte der Universität Wien und Wiener Institut für Kultur und Zeitgeschichte (VICCA)

Moderation: Markus Müller-Schinwald, Ö1

Karten um € 8,- (ermäßigt € 6,-) sind erhältlich unter www.burgtheater.at

IN KOOPERATION MIT DEM WIENER INSTITUT FÜR KULTUR- UND ZEITGESCHICHTE (VICCA) UND DEM INSTITUT FÜR ZEITGESCHICHTE DER UNIVERSITÄT WIEN

MIT FREUNDLICHER UNTERSTÜTZUNG DER ALFRED LANDECKERSTIFTUNG BERLIN, DES FRITZ BAUER INSTITUTS FRANKFURT/MAIN, DES VEREINS ZUR WISSENSCHAFTLICHEN AUFARBEITUNG DER ZEITGESCHICHTE, DER STADT WIEN KULTUR, DES NATIONALFONDS DER REPUBLIK ÖSTERREICH FÜR OPFER DES NATIONALSOZIALISMUS UND DES ZUKUNFTSFONDS

MEDIENPARTNER Ö1